

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/004(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 07.10.2004	Plenarsaal des Landtages	14:00Uhr	21:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 2.(IV)/3.(IV) Sitzung vom 09. 09. und 13. 09. 2004
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 GO LSA zur Änderung der vom Stadtrat am 09.09.04 beschlossenen DS0617/04

6	Anfragen an die Verwaltung	
6.1	Kristallpalast	F0177/04
6.2	Hubbrücke	F0178/04
6.3	Anfrage Herr Heynemann	F0198/04
6.4	Eröffnung Hanoi-Markt	F0194/04
6.5	Vertretung der Stadt bei öffentlichen Veranstaltungen	F0184/04
6.6	Abbau der Skateranlage am Bullerberg in Reform	F0189/04
6.7	Grüne Zitadelle	F0179/04
6.8	Bürgerversammlung in Ostelbien	F0196/04
6.9	Anfrage Herr Kräuter	
6.10	Schulsanierung	F0175/04
6.11	Kostenvergleich der Schulsanierungen Salbke und Fermersleben	F0174/04
6.12	Stand der Innenstadtentwicklung	F0187/04
6.13	Online-Zuzugs-Service	F0183/04

6.14	Oberbürgermeistertreffen - 12hundert Jubiläum	F0190/04
6.15	Gedenken anlässlich des 60. Jahrestags der Zerstörung Magdeburgs	F0192/04
6.16	Verkehrzeichenanlage in Ottersleben	F0171/04
6.17	Videoüberwachung auf dem Eichplatz in Ottersleben	F0172/04
6.18	Grüne Pfeile im Magdeburger Stadtgebiet	F0191/04
6.19	Schaden durch ungewöhnlichen Andrang von Grundwasser im Kleeweg	F0197/04
6.20	Vermülltes Grundstück am Lorenzweg	F0195/04
6.21	Grabungen am Fürstenwall	F0180/04
6.22	Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Zoo und Tierheim	F0173/04
6.23	Ausstattung BbS I	F0188/04
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
7.1	Vorschlagsliste für ehrenamtliche Verwaltungsrichter/Verwaltungsgericht	DS0581/04
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	
7.2	Vorschlagsliste für ehrenamtliche Verwaltungsrichter/Oberverwaltungsgericht	DS0582/04

- BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7.3 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst DS0584/04
der Landeshauptstadt Magdeburg vom 08.Juli 2004
2. Änderung der Anlage 2 des Öffentlich-rechtlichen Vertrages über
die Durchführung von bodengebundenen intensivmedizinischen
Verlegungen
- BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7.4 Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0703/04
- BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7.4.1 Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0703/04/
1
- 7.5 Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0723/04
- BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7.6 Abschluss zum 30.06.2002 der Sanierungsgesellschaft Magdeburg DS0506/04
mbH i.L. (SGM i.L.)
- BE: Bürgermeister
- 7.7 Jahresabschluss 2003 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice DS0517/04
Magdeburg mbH (GWM)
- BE: Bürgermeister
- 7.8 Jahresabschluss 2003 der GISE-Gesellschaft für Innovation, DS0601/04
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE)
- BE: Bürgermeister
- 7.9 Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des DS0677/04
Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg
- BE: Bürgermeister
- 7.10 Entgeltordnung der Jugendkunstschule "Haus KLE" DS0509/04
- BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 7.11 Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss DS0669/04
Eigenbetrieb Zoologischer Garten Magdeburg
- BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 7.12 Behandlung der Anregungen und Hinweise zum Bebauungsplan Nr. DS0550/04
205-2 "Steinkuhle Süd"

	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.13	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd"	DS0553/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.14	Korrektur 1. Änderung Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 239-1 "Domplatz"	DS0588/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.15	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 104-3.1 "Nahversorgungszentrum Rothensee / Scheidebuschstraße"	DS0530/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.16	Aufstellung der 3. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz"	DS0554/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.17	Vorhabenbezogener Bebauungsplan für das Grundstück Leipziger Straße 4/5, Ackerstraße 2	DS0570/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.18	Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 428-3 "Merkurweg"	DS0567/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.19	"Wissenschaftshafen" Magdeburg als Beitrag der Landeshauptstadt Magdeburg zur Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau 2010 Sachsen-Anhalt	DS0572/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.20	Straßennamen	DS0428/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.21	Straßennamen	DS0482/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.22	Parkumbenennung	DS0692/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7.23	Neubau Feuerwache Nord Bestätigung der HU-Bau	DS0481/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

7.24	Sanierung Aussichtsturm - Veränderung des Kostenrahmens BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0607/04
7.25	Grundsatzbeschluss Sanierung und Erneuerung der Zollbrücke Magdeburg Neues Vorhaben (ungedeckt) im Entwurf der Investitionsprioritätenliste 2005-2008 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0502/04
7.25.1	Grundsatzbeschluss Sanierung und Erneuerung der Zollbrücke Magdeburg Neues Vorhaben (ungedeckt) im Entwurf der Investitionsprioritätenliste 2005-2008	DS0502/04/ 1
7.25.2	Grundsatzbeschluss Sanierung und Erneuerung der Zollbrücke Magdeburg Neues Vorhaben (ungedeckt) im Entwurf der Investitionsprioritätenliste 2005-2008	DS0502/04/ 2
7.26	Jahresabschluss des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg Wirtschaftsjahr 2003 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0471/04
7.27	Wirtschaftsplan 2005 Städtischer Abwasserbetrieb Magdeburg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0518/04
7.28	1. Änderungssatzung der Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Beseitigung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die nicht dem dauernden Wohnen bzw. nicht gewerblichen Zwecken dienen und von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen - Abwasseranlagengebührensatzung - BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0525/04

- | | | |
|--------|--|-----------------|
| 7.29 | 1. Änderungssatzung der Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung und die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die dem dauernden Wohnen bzw. gewerblichen Zwecken dienen
- Entwässerungsabgabensatzung -

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0527/04 |
| 7.30 | Antrag auf Förderung über das Bundes-/ Landesförderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost (Fermersleben - Salbke - Westerhüsen) | DS0515/04 |
| 7.30.1 | Antrag auf Förderung über das Bundes-/ Landesförderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost (Fermersleben - Salbke - Westerhüsen) | DS0515/04/
1 |
| 8 | Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gem. § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch. | |
| 9 | Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge | |
| 9.1 | Ausgleichflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III.Wahlperiode)
WV v. 15. 03. 2004 | A0034/04 |
| 9.1.1 | Ausgleichflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung | S0170/04 |
| 9.2 | Standortvorteil Rothensee

CDU-Fraktion
WV v. 19. 04. 2004 | A0062/04 |
| 9.2.1 | Standortvorteil Rothensee | A0062/04/1 |
| 9.2.2 | Standortvorteil Rothensee | S0182/04 |

9.3	Städtepartnerschaften Fraktion BfM (III. Wahlperiode) WV vom 14. 06. 2004	A0086/04
9.3.1	Städtepartnerschaften	S0223/04
9.4	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark CDU-Fraktion WV v. 17.05.04	A0077/04
9.4.1	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	A0077/04/1
9.4.2	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	A0077/04/2
9.4.3	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	S0199/04
9.5	Kostenvorschuss im Baugenehmigungsverfahren Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III. Wahlperiode) WV v. 14.06.04	A0088/04
9.5.1	Kostenvorschuss im Baugenehmigungsverfahren	S0229/04
9.6	Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen Kevin Lüdemann WV v. 2. Sitzung "Jugend im Stadtrat" v. 06.03.04	A0025/04
9.6.1	Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen	S0181/04
9.7	Einrichtung einer gentechnikfreien Region Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III. Wahlperiode) WV v. 15.03.04	A0017/04
9.7.1	Einrichtung einer gentechnikfreien Region	A0017/04/2

9.7.2	Einrichtung einer gentechnikfreien Region	A0017/04/3
9.7.3	Einrichtung einer gentechnikfreien Region	S0144/04
9.8	Gründung eines Telemanneums Kulturausschuss	A0141/04
9.9	Magdeburger Wasserstraßenkreuz als Gebiet von besonderer touristischer Bedeutung in die tourismuspolitischen Vorhaben der Landeshauptstadt Magdeburg einbeziehen FDP-Fraktion	A0144/04
9.10	Eingemeindung von Umlandgemeinden SPD-Fraktion	A0145/04
9.11	Öffnungszeiten der Museen zum Stadtjubiläum Interfraktionell	A0146/04
9.12	Dienstgeheimnisse Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0147/04
9.13	Spende für die Anna-Amalia-Bibliothek Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0148/04
9.14	Beschlussänderung Tierheim Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0149/04
9.15	Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung CDU-Fraktion	A0143/04
9.15.1	Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung	A0143/04/1
9.16	Kinder- und Familienfreundliches Programm der Landeshauptstadt Magdeburg FDP-Fraktion	A0150/04
9.16.1	Kinder- und Familienfreundliches Programm der Landeshauptstadt Magdeburg	A0150/04/1

10	Informationsvorlagen	
10.1	Spermmüllabfuhr auf Bestellung	I0225/04
10.2	Einführung eines neuen Haushalts- und Rechnungswesens, die Doppik	I0284/04
10.3	Ergebnisse der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung per 30.06.2004	I0265/04
10.4	Haushaltskonsolidierungskonzept 2004 bis 2007 Maßnahme 51 - Kürzungen Jugendhilfe und Soziales	I0228/04
10.5	Überprüfung der Kitasatzung DS 0760/03	I0176/04
10.6	Modellprojekt zum Bildungsprozess in Magdeburger Kindertageseinrichtungen	I0209/04
10.7	Information zum A0022/04 - Errichtung von Sprayerflächen	I0240/04
10.8	Verkehrliche Anbindung der zentralen Theaterwerkstätten in der Alten Neustadt (Entwicklungszone IV)	I0258/04

Nichtöffentliche Sitzung

1	Anfragen	
1.1	Vergabe von Leistungen an Kanzleien	F0176/04

1.2	Bilanz bei Rechtsstreitigkeiten	F0193/04
1.3	Rennbahngelände Herrenkrug	F0181/04
2	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
2.1	Verzicht auf Widerruf eines gerichtlichen Vergleiches BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0650/04
2.1.1	Verzicht auf Widerruf eines gerichtlichen Vergleiches	DS0650/04/ 1
2.1.2	1.Absatz	
2.1.3	2. Absatz	
2.2	Rücknahme der "Musterklage II" gegen den Präsidenten der Bundesanstalt BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0704/04
2.3	Berufung eines Ortswehrleiters in das Ehrenbeamtenverhältnis BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0557/04
2.4	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0632/04
2.5	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0628/04
3	Anträge	
3.1	12hundert Jahre Magdeburg - Schirmherrschaft	A0153/04

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
-

1. Eröffnung und Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer eröffnet die 4. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	53	“	“
entschuldigt	4	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer verweist auf die Information I0313/04 zur Änderung der Terminplanung der Stadtratssitzungen für das Jahr 2005.

Der Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Balzer, die Wahl zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss gemäß § 54 (3) Satz 2 GO LSA offen durchzuführen, wird vom Stadtrat mitgetragen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 164-4(IV)04

Stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für Herrn Wigbert Schwenke wird Herr Thomas Schwenke. Herr Johannes Rink scheidet als stellvertretendes Mitglied aus.

Auf Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 165-4(IV)04

Herr Martin Sobczyk, wohnhaft in der Denhardtstraße 13, 39106 Magdeburg wird als sachkundiger Einwohner anstelle von Frau Ute Flotho für die FDP-Fraktion im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling benannt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

in öffentlicher Sitzung

Antrag des Oberbürgermeisters

DS0515/04

Antrag auf Förderung über das Bundes-/Landesförderungsprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost (Fermersleben – Salbke – Westerhüsen)

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 7.30**

in nichtöffentlicher Sitzung

Antrag der Fraktionen

A0153/04 – PDS-Fraktion

12hundert Jahre Magdeburg – Schirmherrschaft

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **12.1**

2. zurückgezogene TOP

Der TOP 7.16 – DS0554/04 wird von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann zieht den Antrag A0086/04 – TOP 9.3 **zurück**.

3. Informationen

Zum TOP 5 liegt die Information I0311/04 vor.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **beschlossen**.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 2.(IV)/3.(IV) Sitzung vom 09. 09. und 13. 09. 2004
-

Beschlussprotokoll der 2. (IV) Sitzung des Stadtrates am 09.09.2004

Redaktionelle Änderung der PDS-Fraktion:

Auf der Seite 39 ist unter TOP 6.17 der 5. Absatz wie folgt zu formulieren:

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, übt Kritik an der Verfahrensweise **des Stadtratsvorsitzenden, Empfehlungen aus Ausschussprotokollen ohne Antrag in die vorbereitende Beschlussfassung im Stadtrat einzubeziehen.**

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 62 muss es im 7. Absatz unter Punkt 5 3. Zeile richtig heißen:

...**umgenutzter** Fläche

Auf der Seite 63 muss es im 4. Absatz unter Punkt 5 3. Zeile richtig heißen:

...**umgenutzter** Fläche ...

In der Anwesenheitsliste muss Stadtrat Zentgraf, PDS-Fraktion, unter „Abwesend“ eingeordnet werden.

Das geänderte Beschlussprotokoll der 2. (IV) Sitzung des Stadtrates am 09.09.2004 wird einstimmig **bestätigt**.

Beschlussprotokoll der 3. (IV) Sitzung des Stadtrates am 13.09.2004

Redaktionelle Änderung der PDS-Fraktion:

Auf der Seite 9 ist unter TOP 8.17 der 2. Absatz wie folgt zu formulieren:

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, kritisiert **die Einbringung des interfraktionellen Antrages ohne vorherige Beratung zwischen allen Fraktionen**. Sie begründet

Auf der Seite 15 muss unter 5.12 der Kurztitel richtig heißen:

Schriftliche Anfrage (F0158/04) des Stadtrates Schoenberner (PDS-Fraktion)

Verkauf eines Grundstückes an die Firma MAGWEN GmbH Wenig

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 18 ist unter der Beschluss-Nr. 162-3(IV)04 der Punkt 3 zu streichen.

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:

Auf dem letzten Blatt der Niederschrift ist als Überschrift folgendes zu ergänzen:

Anlage 1
namentliche Abstimmung zum Antrag A0124/04 – TOP 8.17

Das Beschlussprotokoll der 3. (IV) Sitzung des Stadtrates am 13.09.04 wird ohne Gegenstimmen, bei einigen Enthaltungen **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 GO
LSA zur Änderung der vom Stadtrat am 09.09.04 beschlossenen
DS0617/04

Der Stadtrat nimmt die Eilentscheidung und die hierzu ausgereichte Information I0311/04 zur Kenntnis.

6. Anfragen an die Verwaltung

6.1. Kristallpalast

F0177/04

6.1 Schriftliche Anfrage (F0177/04) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz

Kristallpalast

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nachdem die Fraktion „Bund für Magdeburg“ bereits vor zwei Jahren eine ähnliche Anfrage gestellt hatte würden wir gerne wissen:

- Wie ist der Sachstand in der Angelegenheit „Kristallpalast“ heute nach Ablauf von 2 Jahren?
- Hat es in der Zwischenzeit Verhandlungen gegeben mit den Eigentümern dieser vom restlosen Verfall bedrohten Immobilie mit der Zielstellung, durch diese Maßnahmen einzuleiten, um den Schandfleck in unserer Stadt zu beseitigen?
- Wäre es seitens der Verwaltung denkbar, im Falle der Fruchtlosigkeit aller Bemühungen, mit den Eigentümern zu Lösungen zu kommen, dass die Stadt dieses Grundstück erwirbt und dann anderweitig vermarktet?

Wir erbitten eine kurze mündliche und danach eine fundierte schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Der Kristallpalast ist Privateigentum. Studenten der Fachhochschule Magdeburg hatten sich mit dem Projekt beschäftigt und eine Idee zur Nutzung als Revuepalast im Privatbetrieb vorgeschlagen. Die Bausachverständigen haben das Gebäude als nicht mehr sanierungsfähig eingeschätzt. Es kann nur noch abgerissen werden. Da es Privateigentum ist, geht es um die Frage, wer die Abrisskosten trägt. Wenn wir es nehmen würden, müssten wir die Abrisskosten tragen und es anschließend vermarkten, doch an diesem Standort sind die Vermarktungschancen im Moment äußerst gering. Wir sind als Stadt nicht in der Lage, dort einzugreifen.

6.2. Hubbrücke

F0178/04

6.2 Schriftliche Anfrage (F0178/04) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz

Hubbrücke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

man hört vielerlei Gerüchte um die Verwendung der Hubbrücke zum Stadtpark. U. a. ist die Rede von einem Restaurant, welches darauf über der Elbe errichtet werden soll durch einen Investor. Hierzu fragen wir:

- Welche Aussagen treffen die Denkmalsschutzbehörden zu einem solchen möglichen Vorhaben?
- Was würde perspektivisch mit einer derartigen Einrichtung geschehen, wenn sie sich wirtschaftlich nicht trägt?
- Beinhaltet eine derartige Investition, falls sie zur Realisierung gelangen sollte, auch die Verpflichtung, die Werterhaltungsmassnahmen an der Brücke zu übernehmen und ständig weiterzuführen?
- Inwieweit ist das kleine Bahnwärterhäuschen an der Westseite in die Vorplanung des Denkmalsschutzes mit einzubeziehen?

Wir bitten, wenn möglich, um kurze mündliche Beantwortung und eine schriftliche Antwort im Nachgang.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Die Hubbrücke ist Eigentum der Bahn. Wir haben im Stadtrat mehrfach erklärt, dass wir die Brücke nicht übernehmen wollen. Wir bauen aktuell die Sternbrücke. Nach Fertigstellung der Sternbrücke, besteht für den Fußgängerverkehr über die Hubbrücke kein Bedarf mehr. Es gibt private Initiativen, die die Brücke mit einer Nutzung versehen wollen. Das ist eine reine private Initiative ohne Zutun der Stadt. Ein Verein hat die Idee zur Nutzung der Stadt vorgestellt, aber es gibt keine Beteiligung der Stadt an diesem Projekt.

6.3. Anfrage Herr Heynemann

F0198/04

6.3 Schriftliche Anfrage (F0198/04) des Stadtrates Heynemann, CDU-Fraktion

Ausbau Bördelandhalle und Stadionneubau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

was werden Sie tun, um den Stadtrat über die Ausbaupläne der Bördelandhalle umgehend zu informieren und wie sieht das Szenario hinsichtlich des Stadionneubaus aus, falls der 1. FCM in die Insolvenz gehen sollte?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Zur Bördelandhalle:

Der Stadtverwaltung, d.h. dem Baudezernat, sind vor einigen Monaten grobe Grundrisse vorgelegt worden, wie man die Halle ausbauen könnte. Hierzu gibt es die prinzipielle Bemerkung, dass baulich alles machbar ist. Des Weiteren haben wir uns in Arbeitsgruppen verständigt, welche Variante wir als Stadt präferieren. Als Stadtverwaltung präferieren wir die Übertragung ohne Nutzungsüberlassung. Zunächst sollte die Nutzungsüberlassung erklärt werden, danach kann in der Halle investiert werden, damit sie Eigentum der Stadt bleibt. Das haben wir dem Manager, Herrn Hildebrandt, schriftlich mitgeteilt. Zu der Rechtsperson, mit der wir Verträge aushandeln müssen, habe ich keine Information. Es wurde uns schriftlich mitgeteilt, dass die Gründung einer GmbH & Co. KG unter Beteiligung der Handball GmbH vorgesehen ist. Wer die Co-Partner sind, ist mir nicht bekannt. Die Verwaltung muss eine Rechtsperson haben, mit der sie Verträge verhandeln und abschließen kann. Diese haben wir bisher nicht. Wir haben schriftlich um deren Benennung gebeten. Bis zur Vorlage einer Antwort hierzu, werde ich mich zu diesem Thema öffentlich nicht mehr äußern.

Zum Stadionneubau:

Wenn der Fußballclub in Insolvenz gehen würde, ist das Konzept, was wir beschlossen haben, hinfällig. Ich hoffe, dass das nicht eintritt und ich warte das Ergebnis der Gerichtsverhandlung am 18. Oktober zur Vergabeproblematik ab. Alle anderen Bedingungen haben wir erfüllt und die Genehmigung dafür bekommen.

6.4. Eröffnung Hanoi-Markt

F0194/04

6.4 Schriftliche Anfrage(F0194/04) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Eröffnung Hanoi-Markt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

am 15.09. dieses Jahres wurde in Magdeburg der Hanoi-Markt eröffnet. Aus diesem Anlass war der vietnamesische Botschafter nach Magdeburg gereist. Die vietnamesische Presse war durch Repräsentanten der großen Tageszeitungen und der bedeutendsten Nachrichtenagentur des Landes vertreten.

Anwesend waren auch Mitglieder des Magdeburger Stadtrates, im Gegensatz zu offiziellen Vertretern der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt.

Wer weltweit Wirtschaftskontakte pflegen will, sollte gerade die ausländischen Unternehmen vor Ort gut betreuen. Auf Nachfrage, warum der Beigeordnete für Wirtschaft Herr Dr. Puchta nicht bei dieser Veranstaltung anwesend war, erklärte dieser im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik, er habe keine Einladung zu diesem Termin gehabt.

Daher stelle ich folgende Frage:

Warum haben Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, ihre Einladung zu diesem Termin nicht dem zuständigen Beigeordneten weitergeleitet?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Ich kann mich nicht erinnern, dass ich eine Einladung bekommen habe. Ich bekomme pro Tag 20 bis 30 Einladungen. Wo ich es organisieren kann und für wichtig halte, nehme ich auch teil. Wenn ich selbst nicht kann, versuche ich, einen Beigeordneten zu delegieren.

6.5. Vertretung der Stadt bei öffentlichen Veranstaltungen

F0184/04

6.5 Schriftliche Anfrage (F0184/04) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

den Vertretern der CDU-Ratsfraktion ist in den vergangenen Wochen mehrfach aufgefallen, dass bei wichtigen öffentlichen Veranstaltungen die offiziellen Repräsentanten der Stadt gar nicht oder nicht der Wertigkeit der Veranstaltung entsprechend anwesend waren.

Hier zwei Beispiele für diesen Sachverhalt.

Am 3. Oktober dieses Jahres wurde am Magdeburger Bürgerdenkmal eine Gedenkveranstaltung für die Ereignisse des Jahres 1989 abgehalten. Erschienen waren neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern auch Mitglieder des Stadtrates und Landtages. Leider fehlten offizielle Vertreter der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt völlig.

In Magdeburg war am 25.09.2004 die zentrale Bundesfeier zum Tag der Reservisten. Seit mittlerweile 4 Jahren findet diese Veranstaltung im Rahmen der Woche des Ehrenamtes statt. Zur Veranstaltung war neben einem Staatssekretär aus dem Bundesverteidigungsministerium auch 2 hochrangige Generäle sowie die Spitze des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr angereist. Die Mitgliederanzahl des Verbandes beträgt bundesweit 137.000. Also eine gute Gelegenheit für Magdeburg, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Doch die Stadtverwaltung zeigte bedauerlicherweise wenig Interesse gegenüber dieser Festivität. So überbrachte nicht etwa der Oberbürgermeister Dr. Trümper oder eine Person aus den Reihen der Beigeordneten ein Grußwort, sondern der Leiter des Ordnungsamtes. Es bleibt aber die Frage, warum keine höherrangige Persönlichkeit aus der Magdeburger Stadtverwaltung für diese Aufgabe gefunden wurde.

Daher stelle ich folgende Fragen:

Wie haben Sie, Herr Oberbürgermeister, die Repräsentation der Stadt bei öffentlichen Anlässen geregelt?

Welche Anweisungen existieren bei einem kurzfristigen Ausfall der vorgesehenen Personen?

In diesem Fall waren Herr Platz und ich terminlich bereits gebunden, so dass der Amtsleiter des Ordnungsamtes und Bürgerservice Herr Dr. Emcke hier die Stadt vertreten hat. Zum Bürgerdenkmal am 3. Oktober hatte ich keine Einladung. Ich weiß auch nicht, wer das organisiert hat bzw. wer der Veranstalter war. Ich kenne den Antrag von zwei Fraktionen und die Beschlussfassung aus dem Stadtrat, habe aber nie eine Anfrage um Unterstützung bekommen oder Ähnliches.

6.6. Abbau der Skateranlage am Bullerberg in Reform

F0189/04

6.6 Schriftliche Anfrage (F0189/04) des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion

Abbau der Skateranlage am Bullerberg in Reform

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in der Sitzung der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Reform am 15.09. dieses Jahres meldeten sich 2 Jugendliche, die den Abbau der Skateranlage am sogenannten Bullerberg in Reform beklagten. Nach Aussage der Jugendlichen wurde ihnen auf Nachfrage erklärt, dass die Wiedererrichtung der Sportgeräte nicht angedacht sei.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Ist die Wiedererrichtung der Anlage bzw. ein Ersatz für diese geplant?
2. Wurden im Stadtgebiet weitere Sport- und/oder Freizeitanlagen ohne Ersatz demontiert?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümer:

Es ist ein Gerät abgebaut worden zur Reparatur und wird wieder aufgebaut. Weitere Demontagen sind mir nicht bekannt.

6.7 Schriftliche Anfrage (F0179/04) des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion

Werbung Grüne Zitadelle

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

"Die Grüne Zitadelle wächst sichtbar. Mit der Fertigstellung werden jährlich einige hunderttausend zusätzliche Besucher in unsere Stadt kommen. So verzeichnet beispielsweise der Hundertwasserbahnhof in Uelzen jährlich ca. 500 000 Besucher.

Welche Aktivitäten (Presseveröffentlichungen, Fernseh- und Radioberichterstattung, Erstellen von Prospekten, Einstellen einer "Livecam" der Baustelle und/oder des Werbefilms über die Grüne Zitadelle auf der Internetseite der Stadt oder im Rahmen anderer Internetauftritte) unternimmt Stadt und MMKT jetzt und künftig, um die Grüne Zitadelle als Touristenziel von überregionaler Bedeutung zu bewerben? Sind der Stadt bereits Planungen für die feierliche Eröffnung der Objekts bekannt? Soll Prominenz eingeladen werden?(So hat beispielsweise die öster. Aussenministerin den Bahnhof Uelzen besucht) Soll im kommenden Jahr ab der A2 eine Hinweisbeschilderung erfolgen? Sind Hinweisschilder am Hauptbahnhof geplant?

Für eine kurze mündliche und schriftliche Beantwortung wäre ich dankbar.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Dr. Puchta:

Der 3. 10. des nächsten Jahres ist das Eröffnungsdatum. Es gehört mit zu den Projekten, die im Laufe dieses Jahres die Highlights für die 1200-Jahr-Feier darstellen. Planungen für die Durchführung dieser Eröffnungsveranstaltung gibt es noch nicht. In Abstimmung mit der GmbH, die der Vermarkter für das Objekt selbst ist, weiß ich, dass als nächstes das Richtfest in Angriff genommen wird. Es wird Anfang März sein. Man will jetzt in die Planung gehen und die Gästeliste abstimmen. Es ist noch nichts fixiert.

An der Autobahn soll es eine Ausschilderung geben. Die entsprechenden Verhandlungen sind von der GmbH geführt worden. Die Baustelle selbst will man nicht ausschildern. Innerhalb der Stadt haben wir vor, das touristische Leitsystem zu etablieren, in dem das Hundertwasser-Haus Bestandteil sein wird. Vermarktet wird dies von der GmbH selbst, aber in Kooperation mit der MMKT und der Landesmarketinggesellschaft. Das Hundertwasser-Haus ist jetzt schon im Internet eingestellt und ab Anfang 2005 beabsichtigt die MMKT einen entsprechenden Trailer zu schalten. Die Vermarktung erfolgt bei allen Reiseveranstaltern. Wir werden aber das alles noch schriftlich zusammenstellen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.8 Schriftliche Anfrage (F0196/04) der Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion

Bürgerversammlung in Ostelbien

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

beabsichtigen Sie in Ostelbien eine Bürgerversammlung zur Vorstellung der Studie des Hochwasserschutzkonzeptes durchzuführen?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Wir sind dabei, alles als Stadtverwaltung zu tun, um die Stadt noch sicherer zu machen. Hierzu wurden bereits im Jahr 2002 entsprechende Studien, Baumaßnahmen usw. vorgestellt. Hierin war Bestandteil ein von Ihnen in der Zeitung kritizierter Weg, der in diesem Jahr ausgebaut werden sollte. Die obere Naturschutzbehörde in Halle hat uns bisher nicht erlaubt, diesen Weg auszubauen, weil wir bestimmte Auflagen erfüllen müssen, welche im vergangenen Zeitraum nicht realisierbar waren. Ich habe dazu den Ministerpräsidenten und auch die zuständige Ministerin angeschrieben und darauf hingewiesen, dass wir ohne die Genehmigung der Oberen Naturschutzbehörde nicht weiterkommen. Meine Aussage ist, dass Hochwasserschutz für uns vor Naturschutz geht. So handelt auch die Untere Naturschutzbehörde, das Umweltamt. Wir werden die Bürger in der Bürgerversammlung informieren.

6.9. Anfrage Herr Kräuter

6.9 Anfrage des Ortsbürgermeisters von Randau/Calenberge Herrn Kräuter

Wann besteht für die Bürger von Randau/Calenberge die Möglichkeit, Strom von den Städtischen Werken Magdeburg zu beziehen ?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Diese Frage, hängt von den derzeitigen Verträgen mit der Fa. Avacon ab. Ich werde die Thematik mit der Geschäftsführung der Städtischen Werke Magdeburg besprechen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.10 Schriftliche Anfrage (F0175/04) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bü 90/Grüne

Schulsanierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 07. 07.2003 beschloss der Stadtrat auf Antrag unserer Fraktion, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, „dem Stadtrat spätestens bis Dezember 2003 ein durch Maßnahmen und Finanzen untersetztes Konzept zur baulichen Entwicklung der Schulen der Stadt Magdeburg vorzulegen.

Das Konzept soll

- eine Prioritätenliste zum Umbau / zur Sanierung der im Bestand gesicherten Schulstandorte,
 - ein Nachnutzungskonzept für die aufzugebenden Schulstandorte und
 - Vorschläge für die noch nicht abschließend entschiedenen Schulstandorte
- enthalten.

Auf der Grundlage des Konzeptes erfolgt die Einordnung der Maßnahmen in den Haushalt ab 2004 und in die mittelfristige Finanzplanung“.

Uns liegt derzeit jedoch weder das Konzept vor, noch ist uns der derzeitige Arbeitsstand hierzu bekannt. Spätestens mit Beschluss des Stadtrates zur Schulentwicklungsplanung (Fortschreibung bis 2008/2009) Anfang 2004 dürfte doch jetzt damit zu rechnen sein.

Deshalb fragen wir:

1. Wer innerhalb der Verwaltung erarbeitet dieses Konzept ? Wer ist weiterhin einbezogen ?
2. Welchen Stand hat die Erarbeitung des Konzeptes ?
3. Wann wird das Konzept dem Stadtrat vorgelegt ?
4. Welche Konsequenzen resultieren daraus für den Haushalt 2005 ?

Wir bitten um kurze mündliche und vollständige schriftliche Beantwortung

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Wir können über Schulsanierung nur sinnvoll reden, wenn wir einen Plan haben, der auch Bestand hat. Wir haben zwei Dinge auf den Weg gebracht. Das eine ist, wir haben uns zu den Schulen verständigt, die in dem IZBB-Programm saniert werden sollen. Diese sind mit unserem Eigenanteil Bestandteil des Haushaltes 2004. Das Zweite ist, dass wir aktuell das sogenannte PPP-Verfahren vorbereiten. Dazu wurde eine Ausschreibung gemacht und wir haben demnächst einen Partner, mit dem wir das Verfahren weiter betreiben können. Es geht um die Frage der Genehmigungsfähigkeit der Finanzierung. Dazu erfolgen Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt. Wir planen eine Größenordnung von 60 Millionen, zunächst im ersten Schritt mit 20 Schulen. Diese Ausschreibung bereiten wir vor. Wenn uns das gelingt, dann ist das Geld, was wir in den nächsten Jahren für Schulen ausgeben können, gebunden. Im Haushalt würde nach dem PPP-Verfahren erst Geld eingestellt werden als Refinanzierungsrate oder

jährliche Mietrate. Die Mittel für die ersten Maßnahmen sind eingestellt und die anderen Maßnahmen werden wir erst ab 2006 realisieren können. Solange brauchen wir mit Sicherheit, um die Ausschreibung in die Endfassung zu bringen und dann die Genehmigungsfähigkeit dafür einzuholen. Trotzdem arbeiten wir an der Gesamtkonzeption weiter. Daran beteiligt sind das Gebäudemanagement und das Schulverwaltungsamt. Das Gesamtpaket für alle Schulen ist noch nicht fertig.

6.11. Kostenvergleich der Schulsanierungen Salbke und Fermersleben F0174/04

6.11 Schriftliche Anfrage (F0174/04) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne

Kostenvergleich der Schulsanierungen Salbke und Fermersleben

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für den 14. 09.04 hatte das Elternkuratorium der Grundschule Fermersleben zu einem Gespräch eingeladen. Verständlicherweise wurde durch die Eltern der Versuch unternommen, die beschlossene Schulentwicklungsplanung hinsichtlich der Entscheidung zum Schulstandort Fermersleben nochmals aufzumachen.

Dabei wurden Argumente vorgetragen, die zunächst einmal nicht einfach von der Hand zu weisen sind. Erlauben Sie bitte die Argumente mit einigen Anfragen zu hinterlegen, deren Beantwortung insbesondere auch für die Elternschaft Klarheit bringen sollte.

1. Argument:

Kosten der Sanierung Fermersleben ca. 1,- Mio. Euro

Kosten der Sanierung Salbke ca. 3,2 Mio Euro plus Sanierung neu erkannter Schwammbefall

Wie sehen die tatsächlichen Gegebenheiten auf der Basis des vorhandenen Planungsstandes aus?

2. Argument:

Schulweg nach Salbke unsicher. Was passiert, wenn alle (rd. 80 Kinder) nach Buckau wollen.

Ist der Schulstandort Buckau geeignet, alle Kinder aus Fermersleben aufzunehmen?

(Zur Schulwegfrage nach Salbke stellen wir zur Novembersitzung als Fraktion einen Antrag)

3. Argument:

Fehlendes Nachnutzungskonzept

Neben einem recht ordentlichen Schulgebäude ist auch ein für Kinder traumhafter Schulhof und Schulgarten auf dem Gelände.

Gibt es in der Stadtverwaltung Vorstellungen einer Nachnutzung für den Standort Fermersleben? Welcher Art sind diese?

Erlauben Sie bitte abschliessend den Hinweis, dass Ihre Antworten dem Elternkuratorium, von uns gegebenenfalls kommentiert, übermittelt werden.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch

Es ist so, dass die Sanierungskosten in Fermersleben nicht 1 Mio., sondern 2,35 Mio. Euro betragen haben. Die Summe von 3,2 Mio. Euro für Salbke ist richtig. Ich muss dazu ergänzend sagen, dass Salbke auch ein bestätigtes Brandschutzgutachten hat, welches für Fermersleben nicht vorliegt. Hier müssten in Fermersleben noch 450.000 oder 500.000 Euro investiv auf den Weg gebracht werden.

Zu den Anmeldungen für Buckau.:

Wir haben in Salbke hinreichend Raumbedarf, der sich durch die Schließung der Sekundarschule für die Grundschüler ergibt. Das Schulverwaltungsamt hat sich erkundigt, ob dort Einzelanträge, die durch das Landesverwaltungsamt genehmigt werden müssten, vorliegen. Nach Auskunft des Landesverwaltungsamtes liegt bisher für Buckau noch kein Antrag vor.

6.12. Stand der Innenstadtentwicklung

F0187/04

6.12 Schriftliche Anfrage (F0187/04) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bü 90/Grüne

Stand der Innenstadtentwicklung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der KarstadtQuelle-Konzern ist bekanntermaßen in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. An Karstadt Magdeburg mit seinen 400 Beschäftigten ist der Kelch gerade noch einmal vorbeigegangen, doch eine generelle Entwarnung ist auch hier noch nicht gegeben. Es wird weitere Einsparungen geben müssen, damit das Karstadt-Haus in Magdeburg langfristig überleben kann.

In Verbindung mit der problematischen wirtschaftlichen Situation des KarstadtQuelle-Konzerns insgesamt und konkret des Karstadthauses in Magdeburg fragen wir an:

Wie ist der aktuelle Stand der Innenstadtentwicklung im Bereich Marietta-Bar und ganz konkret im Hinblick auf die Planung eines KarstadtQuelle-Sporthauses im Blauen Bock ?

Um eine mündliche Beantwortung der Anfrage in der Stadtratssitzung am 07. 10.04 wird gebeten !

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Am letzten Freitag fand ein Notartermin mit einem Investor, der den Mariettablock an der Stelle neu errichten will, statt. Es müssen Verträge mit der WOBAU und mit der Stadt gemacht werden. Ich hoffe, dass dies gelingt und bis Mitte 2006 dort ein entsprechendes Gebäude errichtet wurde.

Zu den Gebäuden „Blauer Bock“ und Karstadt gab es bei mir zuletzt am 30. Juni ein Gespräch. Das Gespräch verlief im Vergleich zu dem Gespräch im Februar äußerst positiv. Ich sage meine persönliche Meinung dazu. Was bei Karstadt im Moment passiert, ist für uns hilfreich. Nach meiner persönlichen Meinung, ist das, was bei Karstadt im Moment passiert, in der Sache hilfreich. Ich glaube, Karstadt wird erkennen, dass es so, wie es bisher gemacht wurde, nicht weitergehen kann. Sie werden sich jetzt für meine Begriffe daran machen müssen, ein Konzept zu entwickeln, wie man dieses Kaufhaus für die heutige Zeit entsprechend fit machen kann. Das geht nur gemeinsam mit entsprechendem Partner. Ich hoffe, dass die Gespräche, die jetzt laufen, dadurch beschleunigt werden und Karstadt auch dann das Kaufhaus in eine Form bringt, mit der man am Markt auch bestehen kann.

6.13. Online-Zuzugs-Service

F0183/04

6.13 Schriftliche Anfrage (F0183/04) des Stadtrates Herbst, Fraktion Bü 90/Grüne:

Online-Zuzugs-Service

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Eine aktuelle Studie des Fraunhofer-Institutes St. Augustin bewertet Magdeburgs Internetauftritt www.magdeburg.de für die Erledigung oder Erleichterung von Umzugsmodalitäten für Neubürger/innen als „nur bedingt nutzbar“ (Volksstimme-Artikel vom 04. 10.04).

Magdeburgs Internetauftritt hat danach 19 von 44 Anforderungen an den Informations- und Funktionsumfang erfüllt, von denen jedoch nur „12 effizient identifizierbar und bedienbar sind“, so das Ergebnis der Studie. Als negativ bewerteten die Wissenschaftler, dass die „unkonventionelle Navigation“ den Benutzer immer wieder zur Neuorientierung zwingt und der Bürger zuviel lesen müsse. Außerdem sei keine schnell überfliegbare Liste aller Service-Angebote vorhanden, sondern man müsse eine scheinbar unsortierte Tabelle abarbeiten, aus der man die Angebote erst herauszulesen habe. Schlecht schnitt auch die Handhabung der im Internet hinterlegten Formulare ab. Nur 4 von 12 Anforderungen an den Funktions- und Informationsumfang wurden erfüllt. Und nur drei davon waren effizient zu bedienen.

Wir fragen deshalb an:

Ist dem Oberbürgermeister diese Studie bekannt ?

Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Stadt aus diesem Ergebnis bzw. welche Maßnahmen erscheinen geeignet, um die benannten Problemen zeitnah zu beseitigen und sich den Neu- und anderen Bürgern servicefreundlich zu präsentieren ?

Wir bitten um mündliche Beantwortung der Anfragen in der Stadtratssitzung am 07. 10.04 !

Antwort des Oberbürgermeister Dr. Trümper:

Ich darf aus der Studie, die mir seit heute vorliegt, einen Satz vorlesen, damit Sie auch wissen, worum es wirklich geht. Es ist eine Stichprobe gemacht worden von überwiegend westdeutschen Städten, die einzige Stadt im Osten, die mit einbezogen wurde, ist Magdeburg. Diese Stichprobe ist bewusst nicht repräsentativ, sondern mit deutlichem Übergewicht großer Städte im Westen Deutschlands angelegt. Anders formuliert, wir gehen davon aus, dass die untersuchten Internetauftritte eher zur Qualitätsspitze zu rechnen sind. Man sieht uns in der Spitze und nicht ganz unten. Bei dem Spitzenvergleich mit den anderen westdeutschen Städten haben wir in einigen Punkten nicht ganz optimal abgeschnitten. Wir sind dabei, das zu verbessern. Das ist eine Problematik, die im Ordnungsamt zu lösen ist, weil es um die Frage geht, die Sie angesprochen haben. An der Aufarbeitung dieser Defizite wird zur Zeit gearbeitet. Jeden Hinweis nehmen wir gern auf, um noch besser zu sein, als wir schon sind. Es sollte aber auch deutlich werden, dass wir nicht zum Ende, sondern zur Spitze bei den Internetauftritten in Deutschland gehören.

6.14. Oberbürgermeistertreffen - 12hundert Jubiläum

F0190/04

6.14 Schriftliche Anfrage (F0190/04) der Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion

Oberbürgermeistertreffen – 12hundert Jubiläum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jubiläumsjahr finden nach meinem Kenntnisstand viele Veranstaltungen statt, auch Gespräche zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen, gleichen Interessen,

In einer Verwaltungsausschuss-Beratung der vorangegangenen Wahlperiode war angeregt worden, auch die Durchführung eines Treffens der Bürgermeister der Partnerstädte, der Städte mit historischem Bezug zum Magdeburger Recht oder ein Treffen der „Bürgermeister für den Frieden“ zu prüfen.

Sind Sie bereits zu einem Ergebnis gekommen? Wird in Magdeburg ein solches Ereignis stattfinden? Wie wird dies – so es stattfindet – öffentlich?

Ich bitte um gegebenenfalls ausführlichere Beantwortung schriftlich.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch:

Aus den 250 Veranstaltungen, die 2005 geplant sind, gibt es eine Reihe von Anlässen, auch Partnerstädte oder Städte, mit denen wir in Verbindung stehen, einzuladen. Zwei Aspekte nenne ich hier.

Zum 7. Mai, der erstmaligen Verleihung des Kaiser-Otto-Preises, ist vorgesehen, die Bürgermeister der Partnerstädte einzuladen. Beim angedachten Festival der Kultur in Zusammenarbeit mit dem Studiengang Kulturengineering der Fachhochschule ist auch geplant, die Partnerstädte einzubinden. Magdeburger Recht als weiteres Stichwort. Wir verleihen auch im nächsten Jahr den Eike-von-Repgow-Preis, begleitet mit verschiedenen anderen Veranstaltungen. Hier ist daran gedacht, die Bürgermeister der Oberzentren, der größeren Städte des ehemaligen Magdeburger Rechts ebenfalls einzuladen. Zur Frage eines Treffens der „Bürgermeister für den Frieden“ bestehen Überlegungen, möglicherweise ein weiteres Forum zu schaffen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.15. Gedenken anlässlich des 60. Jahrestags der Zerstörung
Magdeburgs

F0192/04

6.15 Schriftliche Anfrage (F0192/04) des Stadtrates Müller, PDS-Fraktion

Gedenken anlässlich des 60. Jahrestags der Zerstörung Magdeburgs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 16. Januar des kommenden Jahres jährt sich der Tag der Zerstörung der Stadt Magdeburg zum 60. Male. Im „12hundert Jahr“ Magdeburgs sind ehrende Veranstaltungen zum Gedenken sowohl in Kirchen als auch in Kulturstätten sowie auch eine Kranzniederlegung auf dem Westfriedhof geplant.

Doch wir blicken schon jetzt mit Sorge auf diesen Tag, da bereits seit längerer Zeit rechtsextremistische Kräfte auf ihren einschlägigen Internetseiten diesen Tag bewerben und zu einer Großdemonstration/-kundgebung nach Magdeburg aufrufen.

Das *Bündnis gegen Rechts Magdeburg* informierte unlängst, dass der von den Neonazis für den 15. Januar 2004 beantragte Domplatz durch die Polizeidirektion Magdeburg bereits genehmigt wurde.

Ich frage vor diesem Hintergrund Sie, Herr Oberbürgermeister, was gedenken Sie gemeinsam mit dem Stadtrat, den Magdeburgerinnen und Magdeburgern und der Stadtverwaltung zu tun, um vor o. g. Hintergrund Schaden von der Stadt abzuwenden?

Diese Frage gewinnt umso größere Tragweite, da insbesondere wegen der „12hundert Jahr-Feierlichkeiten“ eine hohe Medienwirksamkeit zu erwarten und in diesem Kontext somit eine

weitere Imageschädigung der Stadt zu befürchten ist, wenn Rechtsextremisten in / durch die Innenstadt ziehen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, sieht die Stadtverwaltung, eine Großkundgebung bzw. Demonstration rechtsextremistischer Kräfte durch die Stadt zu verhindern / ihr wirksam zu begegnen?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Es gibt einen Kriminalpräventiven Beirat, dem der OB und die Polizeipräsidentin vorsitzen, der vier Mal im Jahr tagt. In dem Beirat haben wir das Thema schon einmal kurz angesprochen. Wir werden uns damit weiter beschäftigen. Aber was ich für völlig falsch halten würde ist, das zu machen, was in Leipzig vor einer Woche stattfand, das Thema groß aufzubauschen, Gegendemonstrationen zu machen, Linke gegen Rechte, dann haben wir das, was Sie gerade verhindern wollten. Wir sollten uns etwas Sinnvolles einfallen lassen. Darüber bin ich bereit, nachzudenken. Aber zur Genehmigungsfähigkeit von Demonstrationen der NPD, das haben wir mehrfach hier diskutiert, haben wir keine Handhabe als Stadt. Das ist eine Sache der Polizei bzw. der Gerichte. Rechtlich gesehen, ist die NPD in Deutschland nicht verboten. Das ist das Problem. Vor einem Jahr gab es einmal einen Ansatz, der gescheitert ist. Man muss versuchen, damit inhaltlich vernünftig umzugehen. Das werden wir tun und ich bin auch bereit, mit Ihnen darüber zu reden, wie wir das machen.

6.16. Verkehrszeichenanlage in Ottersleben

F0171/04

6.16 Schriftliche Anfrage (F0171/04) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Verkehrszeichenanlage in Ottersleben

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

plant die Stadtverwaltung kurz- bzw. mittelfristig die Errichtung einer Verkehrszeichenanlage am Standort Königstraße in Ottersleben?

Welche anderen bzw. weitergehenden Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung zur Absicherung des unfallgefährdeten Schulweges zur Grundschule in Ottersleben?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky:

Entsprechend der Arbeit der Schulwegkommission besteht Übereinstimmung im Haushaltsentwurf, an der Schäferbreite eine Fußgängerlichtsignalanlage zu errichten. An der Osterweddingener Straße haben wir bereits einen Fußgängerschutzweg mit entsprechender

Signalisierung. Wenn die Schäferbreite sich bewährt, dann muss man darüber nachdenken, in 2006 oder 2007 evtl. die Osterweddingener Straße nachzurüsten.

6.17. Videoüberwachung auf dem Eichplatz in Ottersleben

F0172/04

6.17 Schriftliche Anfrage (F0172/04) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Videoüberwachung auf dem Eichplatz in Ottersleben

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

hält die Stadtverwaltung die Videoüberwachung des Eichplatzes in Ottersleben für ein probates Mittel zur Abwehr möglicher Straftaten, insbesondere Vandalismus?

Welche weiteren, gegebenenfalls präventiven Maßnahmen hält die Stadtverwaltung für geeignet, eventuellen Straftaten im Bereich des Eichplatzes in Ottersleben entgegenzutreten?

Liegen der Stadtverwaltung gesicherte Erkenntnisse vor, die eine Videoüberwachung am Eichplatz als ein probates Mittel zur Abwehr eventueller Straftaten erscheinen lassen? Welche Erkenntnisse sind dies? Aus welchen Quellen stammen sie?

An welchen weiteren Orten in der Stadt Magdeburg werden bereits gegenwärtig Maßnahmen zur Videoüberwachung vorgenommen und an welchen Orten sollte dies nach Ansicht der Stadtverwaltung zukünftig geschehen? Welche Erkenntnisse liegen der Stadtverwaltung über bisher videoüberwachte Areale vor?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Das Thema Videoüberwachung ist natürlich eine prinzipielle Angelegenheit, der wir als Ordnungsbehörde aufgeschlossen gegenüberstehen. Es ist keine Angelegenheit der Stadt, sondern eine Entscheidung, die die Polizei auf der Grundlage bestimmter Rechtsvorschriften des SOG des Landes Sachsen-Anhalt zu treffen hat. Es gibt neben dem Kriminalpräventiven Beirat, den der OB eben schon angesprochen hat, auch auf Ebenen weiter darunter regelmäßige Kontakte zwischen Ordnungsamt und Polizei. Das nächste Gespräch wird es am 12. Oktober zwischen Ordnungsamt und Polizeidirektion geben. Da steht das Thema Ottersleben im Vordergrund. Man wird sehen, was die Vertreter der Polizei dazu sagen. Ich glaube allerdings, dass die kürzliche Presseveröffentlichung, was die Kriminalitätsbelastung dort anbelangt, von etwas falschen Zahlen ausgegangen ist. Dazu will ich erst etwas sagen, wenn ich es definitiv nachweisen kann.

6.18. Grüne Pfeile im Magdeburger Stadtgebiet

F0191/04

6.18 Schriftliche Anfrage (F0191/04) des Stadtrates Reppin, CDU-Fraktion

Grüne Pfeile im Magdeburger Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in letzter Zeit wurden an die CDU-Ratsfraktion Anfragen zur Neugestaltung von Kreuzungsbereichen gestellt.

So wird beklagt, dass bei der Neuaufstellung bzw. Sanierung von Ampelanlagen auf den Einsatz von Grünen Pfeilen verzichtet wird. Beispielhaft sei hier die Lichtsignalanlage Seumestraße in Richtung Sternstraße genannt.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wo wurden die Grünen Pfeile demontiert bzw. nach der Sanierung bzw. Neuaufstellung von Lichtsignalanlagen nicht installiert?
2. Welche Gründe gibt es für den Verzicht auf dieses verkehrsbeschleunigende Verkehrszeichen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky:

Grundsätzlich möchte ich sagen, wir sind für den Grünen Pfeil. Wo immer das möglich ist, möchten wir diesen auch erhalten. Wir haben zurzeit noch 50 Grüne Pfeile in Magdeburg. Es gibt aber eine Vorschrift über deren Anwendung, die ist sehr restriktiv ist und es uns nicht gestattet uns nicht, überall dort, wo wir es gern hätten, diesen Grünen Pfeil zu belassen. Das ist der § 37 der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung und da steht drin, dass bei entgegenkommenden Linksabbiegern, abbiegende Straßenbahnen, auch bei Bussen usw. kein Grüner Pfeil sein darf. Dadurch sind wir nicht in der Lage, diesen Grünen Pfeil überall zu errichten. Im Zuge der Baumaßnahme Uniplatz mussten wir ihn entfernen, er kommt aber wieder dorthin.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.19. Schaden durch ungewöhnlichen Andrang von Grundwasser im Kleeweg

F0197/04

6.19 Schriftliche Anfrage (F0197/04) des Stadtrates Ruden, CDU-Fraktion

Schaden durch ungewöhnlichen Andrang von Grundwasser im Kleeweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

vom Dezember 2002 bis zum Oktober 2003 wurden einige Grundstücke des Kleeweges durch ungewöhnlichen Andrang von Grundwasser in erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen. In der Folge waren umfangreiche Sanierungen der Keller notwendig geworden. Es gibt die berechnete Annahme, dass ein Wasserrohrbruch im Olvenstedter Scheid dieses Grundwasser erzeugte.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. In welchem Maße sehen sich Behörden, Ämter und Eigenbetriebe der Stadt in der Verantwortung, wenn Bürger der Stadt ohne eigenes Verschulden solcherart Wasserschaden erleiden?
2. Welche Schritte hat die Stadt unternommen, um die Anfragen der betroffenen Bürger vom Oktober 2003 nach der Herkunft des Grundwasseranfalles zu klären?
3. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, von den Städtischen Werken Auskunft über den Wasserverlust infolge des Rohrbruches im Olvenstedter Scheid zu erlangen, um die Nachweisführung zwischen Wasserrohrbruch im Olvenstedter Scheid und dem Grundwasserschaden im Kleeweg herbeizuführen?
4. Warum hat die Wasserbehörde im Umweltamt Probenahmen zur Klärung der Herkunft des Grundwassers veranlasst und überlässt die Klärung des Problems den Hausgutachtern und Rechtsanwälten von Versicherungen und Städtischen Werken?
5. Welche Schritte und Rechtsmittel empfiehlt die Stadt den betroffenen Bürgern, Ihren erlittenen Schaden ersetzt zu bekommen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Das Thema ist uns bekannt und wir befassen uns auch damit. Vor einem Jahr hatten wir eine sehr akute Situation im Kleeweg. Diese akute Situation ist beseitigt. Wir haben es aber mit Vernässungserscheinungen in diesem Bereich zu tun. Deshalb hat das Umweltamt ein Ingenieurbüro beauftragt, eine entsprechende Untersuchung durchzuführen. Es gibt Vermutungen, Sie kennen das, Stichwort Klinikum. Wir wollen dem auf den Grund gehen. Die

Ergebnisse dieser Studie werden voraussichtlich noch im letzten Quartal dieses Jahres vorliegen. Wir müssen sehen, was wir dann als Stadt tun können. Das wissen auch die Bürger.

6.20. Vermülltes Grundstück am Lorenzweg

F0195/04

6.20 Schriftliche Anfrage (F0195/04) des Stadtrates Ruden, CDU-Fraktion

Vermülltes Grundstück am Lorenzweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

seit gut zehn Jahren befindet sich an dem jetzigen Kreisverkehr „Spinne“ am Lorenzweg ein vermülltes Grundstück. Das Umweltamt wurde mehrfach mit diesem Problem befasst. Ein Handeln der Stadtverwaltung in Richtung Säuberung des Grundstückes ist nicht zu erkennen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

6. In welchem Umfang waren in der Vergangenheit Behörden, Ämter und Eigenbetriebe der Stadt mit der Herstellung eines umweltgerechten und ordnungsmäßigen Zustandes auf diesem Grundstück befasst?
7. Welche rechtlichen Schranken und Vorschriften hindern die Stadt hier am Handeln?
8. Welche Maßnahmen unternehmen Sie, um der Vermüllung kurzfristig ein Ende zu bereiten?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.21. Grabungen am Fürstenwall

F0180/04

6.21 Schriftliche Anfrage (F0180/04) des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion

Grabungen am Fürstenwall

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

am Fürstenwall, zwischen dem Turm der Wasserkunst und dem Reichseinigungsdenkmal, hat das Stadtplanungsamt bei Grabungen einen Teil der mittelalterlichen Stadtmauer freigelegt. Die Arbeiten sind eingestellt, es ist alles verunkrautet.

Wie soll diese Stadtmauer restauriert werden? Welche Überlegungen gibt es zur 1200-Jahrfeier zu diesem Areal?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky:

Es gibt einen Interessenten, der aus dem schönen Gewölbe ein Café mit einem Biergarten machen möchte. Er hat einen Bauantrag gestellt. Hierzu hat er eine positive Bauvoranfrage erhalten und will den Bereich vor diesem freigelegten Graben mit nutzen. Zu diesem Zeitpunkt soll das entsprechend hergerichtet werden.

6.22. Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Zoo und Tierheim F0173/04

6.22 Schriftliche Anfrage (F0173/04) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Zoo und Tierheim

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

sieht der Oberbürgermeister grundsätzlich Möglichkeiten für den Zoo Magdeburg das Tierheim in seine Verwaltung und Betreuung zu integrieren?

Unter welchen Voraussetzungen wäre dies im Falle einer grundsätzlichen Bereitschaft der Beteiligten denkbar?

Stünden auf dem derzeitigen Gelände des Eigenbetriebes Flächen zur Verfügung, um den Neubau des Tierheims an dieser Stelle unter besonderer Berücksichtigung der Anwohnerbedürfnisse zu realisieren?

Sieht die Stadtverwaltung bei einer zu prüfenden Integration der beiden Einrichtungen auch im Rahmen des Zookonzeptes Visionen 2004 + Synergieeffekte und damit Einsparpotentiale für die Stadtfinanzen?

Gibt es nach Erkenntnissen der Stadtverwaltung andere Städte, in denen solche Integrationsmodelle erfolgreich angewendet werden? Falls ja, welche sind das und welche Erfahrungen liegen vor?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Zu der Problematik Tierheim sage ich als Verwaltungschef - ich mache alles, was Sie hier beschließen.

6.23. Ausstattung Bbs I

F0188/04

6.23 Schriftliche Anfrage (F0188/04) des Stadtrates Heidl, CDU-Fraktion

Ausstattung BBS I

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mir ist bekannt geworden, dass es nicht unerhebliche Mängel bei der Ausstattung der Berufsbildenden Schule I gibt.

So wird die Ausbildung im Bereich Informatik in unzureichend ausgestatteten Laboren durchgeführt. Die Mängel bestehen in der unterschiedlichen Qualität und damit Leistungsfähigkeit der vorhandenen Geräte.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Sind der Verwaltung diese Unzulänglichkeiten bei der Ausstattung bekannt?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, für eine homogene Einrichtung der Computerlabore zu sorgen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch:

Wir haben mit Stuttgart als erste Stadt in der Bundesrepublik alle Schulen ans Netz gebracht. Es ist selbstverständlich, dass der Zustand der Hardware auch von unterschiedlicher Qualität ist. Mir ist zur konkreten Frage selbst nichts bekannt. Ich werde das abklären.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 7.1. Vorschlagsliste für ehrenamtliche Verwaltungsrichter/Verwaltungsgericht DS0581/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 166-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste (Anlage) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Magdeburg für die am 1. Januar 2005 beginnende Amtsperiode.

- 7.2. Vorschlagsliste für ehrenamtliche Verwaltungsrichter/Oberverwaltungsgericht DS0582/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 167-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste (Anlage) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Magdeburg für die am 1. Januar 2005 beginnende Amtsperiode.

- 7.3. 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg vom 08.Juli 2004 DS0584/04
 2. Änderung der Anlage 2 des Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Durchführung von bodengebundenen intensivmedizinischen Verlegungen
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz geht auf die kritischen Nachfragen des Stadtrates Ansoerge, CDU-Fraktion, bezüglich des Kostenaufwuchses ein. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0484/04.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 168-4(IV)04

- 1.) Die 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg vom 08.Juli 2004.
- 2.) Die Änderung der Anlage 2 des Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Durchführung von bodengebundenen intensivmedizinischen Verlegungen zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und den Krankenkassen

- 7.4. Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0703/04
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper begründet umfassend die vorliegende Drucksache DS0703/04 vor dem Hintergrund der vom Stadtrat am 07.07.2004 beschlossenen Änderung zur Hauptsatzung. Bezugnehmend auf die Beanstandung des Landesverwaltungsamtes hinsichtlich erfolgter Rechtsverstöße gegen die §§ 44 Abs. 2 und 63 Abs. 5 GO LSA nimmt der Oberbürgermeister kritisch zum vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag DS0703/04/1 Stellung

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0703/04 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal geht zustimmend auf die Argumentation des Oberbürgermeisters Dr. Trümper zum vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag DS0703/04/1 ein und hinterfragt mögliche Fallzahlen.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, lehnt im Namen seiner Fraktion den interfraktionellen Änderungsantrag DS0703/04/1 ab.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern legt seinen Standpunkt zur Thematik dar. Er bezeichnet die von Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne hinterfragten Fallzahlen als gering und verweist mit Hinweis auf das vorliegende Schreiben des Landesverwaltungsamtes darauf, dass eine heutige Stadtratsbeschlussfassung zur nachfolgenden Drucksache DS0723/04 aufgrund möglicher Verletzungen des Öffentlichkeitsgrundsatzes rechtswidrig wäre.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning weist den Vorwurf des Oberbürgermeisters, dass die Verwaltung hinsichtlich der Änderung der Ausschussstruktur (Beschluss-Nr. 005-1(IV)04) nicht beteiligt wurde, zurück. Er begründet den vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag DS0703/04/1 und bezeichnet die Herstellung des Einvernehmens mit dem Oberbürgermeister als rechtlich begründet.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning ein und unterzieht die Formulierungen im interfraktionellen Änderungsantrag DS0703/04/1 hinsichtlich ihrer Rechtswidrigkeit einer kritischen Bewertung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt umfassend zur Thematik Stellung. Er verweist dabei u.a. auf den Konsens in diesem Hause, personalrechtliche Kompetenzen wieder auf den Oberbürgermeister zurückzuübertragen. Er erklärt sich bereit, über Bewegungen der Personalentwicklung und über das Thema personalwirtschaftliche Maßnahmen im Verwaltungsausschuss regelmäßig zu berichten. Bezüglich des interfraktionellen Änderungsantrages DS0703/04/1 merkt er an, dass er ihn aus zwei Gründen rechtlich für problematisch hält. Zum einen enthält er nicht die Einvernehmensklausel und zum anderen nimmt er wieder diesen Passus „sonstige arbeits- bzw. beamtenrechtliche Angelegenheiten“ mit auf. Er weist abschließend auf die diesbezügliche Beanstandung des Landesverwaltungsamtes hin und bittet um Zurückziehung des vorliegenden Änderungsantrages DS0703/04/1 und um Zustimmung zur vorlegten Drucksache DS0703/04. Darüberhinaus empfiehlt er im 1 Jahr Bilanz über das Verwaltungshandeln zu ziehen.

Nach Feststellung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Stadtrat Stern, dass im Schreiben des Landesverwaltungsamtes darauf abgehoben wird, dass die zur Genehmigung vorgelegte Satzung mit der vom Stadtrat beschlossenen Fassung textlich nicht deckungsgleich ist, erläutert der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz die einzelnen Punkte, die vom Landesverwaltungsamt beanstandet worden sind.

Nach umfangreicher Diskussion beantragt der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning, die Beratung zum TOP 7.4 – DS0703/04 bis nach der Pause zu unterbrechen.

Die Beratung zum TOP 7.4 – DS0703/04 wird nach der Pause fortgesetzt.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning sieht es als sinnvoll an, dass innerhalb eines Jahres der Sachverhalt erneut im Ausschuss VW thematisiert werden soll. Er bittet den Oberbürgermeister Dr. Trümper darum, den Verwaltungsausschuss in seiner nächsten Sitzung darüber zu informieren, wie zukünftig die Personalangelegenheiten im Ausschuss gehandelt

werden wollen und bittet abschließend den Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz, die abgestimmten redaktionellen Änderungen des interfraktionellen Änderungsantrages DS0703/04/1 vorzutragen.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz gibt die Formulierung des interfraktionellen Änderungsantrages DS0703/04/1 wie folgt bekannt:

Der § 8 „Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse“ wird wie folgt im Absatz 1 geändert:

(1) Der Verwaltungsausschuss entscheidet abschließend über

3. die Einstellung, Ernennung und Entlassung der Bediensteten der Landeshauptstadt Magdeburg
im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister, soweit diese nicht gemäß § 11 Abs. 7 dieser Hauptsatzung dem Oberbürgermeister übertragen worden sind.

Der § 11 „Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf den Oberbürgermeister“ Abs. 7 der Hauptsatzung wird wie folgt formuliert:

(7) Ernennung und Entlassung der Beamten bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 12 mit Ausnahme der Ernennung zur Begründung eines Beamtenverhältnisses sowie der Einstellung Und Entlassung der Angestellten bis einschließlich der Vergütungsgruppe III BAT/0.

Gemäß modifizierten interfraktionellen Änderungsantrag DS0703/04/1 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Es werden folgende Formulierungen in der zweiten Änderungssatzung zur Hauptsatzung vorgenommen:

Der § 8 „Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse“ wird wie folgt im Absatz 1 geändert:

(1) Der Verwaltungsausschuss entscheidet abschließend über

3. die Einstellung, Ernennung und Entlassung der Bediensteten der Landeshauptstadt Magdeburg
im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister, soweit diese nicht gemäß § 11 Abs. 7 dieser Hauptsatzung dem Oberbürgermeister übertragen worden sind.

Der § 11 „Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf den Oberbürgermeister“ Abs. 7 der Hauptsatzung wird wie folgt formuliert:

- (7) Ernennung und Entlassung der Beamten bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 12 mit Ausnahme der Ernennung zur Begründung eines Beamtenverhältnisses sowie der Einstellung Und Entlassung der Angestellten bis einschließlich der Vergütungsgruppe III BAT/0.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des modifizierten interfraktionellen Änderungsantrages DS0703/04/1 mit 32 Ja-, 1 Neinstimme und 17 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 169-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 18. September 2001 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 109 vom 18. September 2001), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 12.09.2002 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg 89/92 vom 29.10.2002) gemäß beiliegender Anlage.

7.4.1.	Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung	DS0703/04/1
--------	--	-------------

7.5.	Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0723/04
------	--	-----------

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal zur aktuellen Version der Drucksache zur dritten Änderungssatzung zur Hauptsatzung verweist der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz auf die laut heutiger Tagesordnung vorliegende Drucksache DS0723/04 und begründet sie.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, hält die vorliegende Drucksache DS0723/04 für nicht beschlussfähig und bringt den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0723/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Drucksache DS0723/04 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 04.11.04

7.6. Abschluss zum 30.06.2002 der Sanierungsgesellschaft
Magdeburg mbH i.L. (SGM i.L.) DS0506/04
BE: Bürgermeister

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 170-4(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Lang und Stolz KG, Niederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss zum 30.06.2002 der SGM i.L. zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der SGM i.L. werden angewiesen:
 - den Abschluss zum 30.06.2002 mit einer Bilanzsumme von 801.461,61 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 161.390,81 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 161.390,81 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 91.275,24 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
 - der Liquidatorin Frau Carola Klüsener sowie dem Verwaltungsrat für das Liquidationsgeschäftsjahr vom 01.07.2001 bis 30.06.2002 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Lang und Stolz KG, Niederlassung Magdeburg, zum Abschlussprüfer für den Abschluss zum 30.06.2004 zu bestellen,
 - den Liquidator Herrn Dr. Kuhne zu beauftragen, die Liquidation der Gesellschaft spätestens bis zum 30.06.2005 zu beenden.

7.7. Jahresabschluss 2003 der GWM Gesellschaft für
Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) DS0517/04
BE: Bürgermeister

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 171-4(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Waren-treuhand AG, Niederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2003 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftsvertreter der GWM werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2003 mit einer Bilanzsumme von 10.428.203,22 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 244.296,65 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 244.296,65 EUR mit dem Verlustvortrag zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen,
 - die in 2003 geleisteten Liquiditätshilfen des Gesellschafters in Höhe von 494.000,00 EUR mit dem Verlustvortrag zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Beirat für das Geschäftsjahr 2003 zu entlasten,
 - der Interimsgeschäftsführerin, Frau Hedenius, und den Geschäftsführern, Herrn Dr. Puchta und Herrn Tyszkiewicz, für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen,
 - den Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Dr. G. Schlömer, Magdeburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 zu bestellen.

7.8. Jahresabschluss 2003 der GISE-Gesellschaft für Innovation,
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE)

DS0601/04

BE: Bürgermeister

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion und Stadtrat Rink, CDU-Fraktion, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 172-4(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer Dipl. Oec. Dipl.-FW Anochin, Hannover/Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2003 der GISE zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der GISE werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2003 mit einer Bilanzsumme von 17.429.693,02 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.793.145,00 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.793.145,00 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2003 geleisteten Liquiditätszuwendungen in Höhe von 1.796.900,00 EUR zu verrechnen,
 - die nicht verrechenbaren Liquiditätszuwendungen in Höhe von 3.755,00 EUR mit dem Verlustvortrag der Gesellschaft in Höhe von 3.312,60 EUR zu verrechnen und den Restbetrag in Höhe von 442,40 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer Herrn Dr. Kuhne sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen,
 - den Wirtschaftsprüfer Herrn Dipl.- Kfm. Gerhard Krause, Hildesheim/Magdeburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 zu bestellen.

7.9. Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg DS0677/04

BE: Bürgermeister

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 173-4(IV)04

Gemäß § 8 Abs. 3 des EigBG des Landes Sachsen-Anhalt bestellt der Stadtrat auf Vorschlag des Personalrates des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg

Frau Eva Fischer und Herrn Ralf Blitz

als Beschäftigtenvertreter des Betriebsausschusses Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg.

- 7.10. Entgeltordnung der Jugendkunstschule "Haus KLE" DS0509/04
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
-

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 47 Ja-, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 174-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Entgeltordnung der Jugendkunstschule „Haus KLE“ gemäß Anlage Nr. 1.

- 7.11. Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss DS0669/04
Eigenbetrieb Zoologischer Garten Magdeburg
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 175-4(IV)04

Der Stadtrat bestellt gemäß § 8 Abs. 3 des EigBG des Landes Sachsen-Anhalt auf Vorschlag des Personalrates des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg

Frau Sybille Heilmann und
Herrn Thomas Rolle

als Beschäftigtenvertreter des Betriebsausschusses Zoologischer Garten.
Als Ersatzkandidat wird Herr Frank Eckert benannt.

- 7.12. Behandlung der Anregungen und Hinweise zum Bebauungsplan DS0550/04
 Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse Uwe und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Auf Nachfrage des Stadtrates Ruden, CDU-Fraktion, zur Einbeziehung der Kinderbeauftragten, informiert der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky, dass die Kinderbeauftragte keinen Bedarf für einen Kinderspielplatz in diesem Gebiet sieht. Er merkt aber an, dass im städtebaulichen Vertrag nördlich der Albert-Vater-Straße ein Kinderspielplatz vereinbart wird.

Gemäß Punkt 3.1 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 176-4(IV)04

Den Anregungen wird teilweise gefolgt.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 177-4(IV)04

1. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung des geänderten Entwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden keine Hinweise und Anregungen vorgebracht.
Die durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bereits am 13.09.2001 und am 09.02.2004 gefassten Einzelbeschlüsse zur Behandlung von Anregungen der Träger öffentlicher Belange und der Bürger wurden in ihrem Ergebnis im Bebauungsplan entsprechend berücksichtigt und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.
2. Der Berücksichtigung von Hinweisen zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt.
3. Zur Behandlung von Anregungen ergeht folgender Einzelbeschluss:
 - 3.1. Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, Schreiben vom 05.04.04
 - a) Anregungen:
Im Verkehrsraum der Albert-Vater-Straße und des Fußweges zwischen Steinkuhle und A.-Vater-Straße befinden sich vorhandene Grünflächen. Diese sollen erhalten werden. Deshalb wird die Festsetzung dieser Grünflächen mittels zeichnerischer Festsetzung nach 9 (1) 25b BauGB oder mittels textlicher Festsetzung angeregt.
Die Festsetzung des Wertstoffcontainerplatzes im Wurzelbereich des zu erhaltenden Baumes ist bedenklich. Durch Versiegelung würde der Wurzelbereich (Kronenbereich plus 1,5 m) geschädigt werden. Dadurch entstehen vermeidbare Pflege- bzw. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmekosten.

b) Abwägung:

Diese straßenbegleitenden Grünflächen sind Bestandteil der Verkehrsanlagen und deshalb allgemein als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt. Der B-Plan führt hier keine Veränderung herbei. Ein Ausbau der Albert-Vater-Straße ist nicht geplant, auch am vorhandenen Fußweg sind keine Veränderungen geplant. Soll zu einem späteren Zeitpunkt ein Umbau an den Verkehrsanlagen stattfinden, werden hierzu gesonderte Planungs- und Genehmigungsverfahren notwendig unter Einbeziehung der zuständigen Bereiche der Verwaltung und der politischen Gremien. Eine gesonderte Festsetzung von Straßenbegleitgrün in Bebauungsplänen ist ohne besonderen Anlass unüblich und soll auch hier nicht erfolgen.

Die Festsetzung wurde leicht verändert. Bisher war ein 5m breiter Streifen festgesetzt, um hinter den Containern eine Heckenpflanzung vorzunehmen. Die Festsetzung wurde auf die notwendigen

3 m reduziert, damit ist der Standplatz aus dem Wurzelbereich heraus. Da dieser Standort ohnehin erst im Rahmen der Erschließung des zukünftigen Wohngebietes hergestellt werden wird, kann die genaue Ausbauplanung zu diesem Zeitpunkt abgestimmt werden. Das Grundstück gehört der LH MD, leichte Verschiebungen sind auch dann noch möglich.

Beschluss: 3.1

Den Anregungen wird teilweise gefolgt.

4. Der Oberbürgermeister wird gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB beauftragt, die Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zusetzen.

7.13. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd"

DS0553/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse Uwe und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 178-4(IV)04

Beschlussvorschlag:

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27.08.97 (BGBl. I, S. 2141) und geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27.07.01 (BGBl. I, S. 1950), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.93 (GVBl. S. 5568), in der zuletzt

geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 07.10.04 den Bebauungsplan Nr. 205-2 „Steinkuhle Süd“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), in der vorliegenden Fassung als Satzung.

2. Die Begründung wird gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.
Mit der Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB tritt der Bebauungsplan in Kraft.

7.14.	Korrektur 1. Änderung Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 239-1 "Domplatz"	DS0588/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** ohne Gegenstimmen, bei 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 179-4(IV)04

1. Der Beschluss Nr. 080-3(III)99 des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg in seiner Sitzung am 09.09.1999 wird wie folgt korrigiert:

Das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden durch die südliche Kante der Wohngebäude an der Kreuzgangstraße;
 - im Süden durch die nördliche Kante des Straßenflurstücks der Danzstraße
 - im Osten durch den Landtag und seine Nebengebäude sowie die westliche Domplatzkante
 - im Westen durch das östliche Gleis der Straßenbahntrasse im Breiten Weg
- soll aus dem Bebauungsplan herausgelöst werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 239-1 „Domplatz“ wird neu umgrenzt

- im Norden durch das Kloster Unser Lieben Frauen sowie die Wohnbebauung Regierungsstraße
- im Osten durch die Fürstenwallstraße und das Schleinufer
- im Süden durch die Danzstraße und die Straße Am Dom
- im Westen durch die westliche Platzkante des Domplatzes.

Der neue Geltungsbereich ist in seiner Begrenzung im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, erfolgen.

7.15. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 104-3.1 "Nahversorgungszentrum Rothensee / Scheidebuschstraße" DS0530/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse StBV und Uwe empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 180-4(IV)04

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird im Osten von der Ostseite des August-Bebel-Dammes (Ostgrenze des Flurstückes 10097), im Süden von der Nordgrenze der Flurstücke 1097/171 und 1098/172, im Westen von der Westgrenze der Flurstücke 166 und 334/165, im Norden von der Nordgrenze der Flurstücke 334/165 und 166, der West-, Nord- und Ostgrenze des Flurstückes 10214, der Ostgrenze des Flurstückes 1197/169 und der östlichen Verlängerung der Nordgrenze des Flurstückes 1198/169 bis zur Ostseite des August-Bebel-Dammes soll gemäß § 12 Abs. 2 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers das Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingeleitet werden. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Errichtung eines Nahversorgungszentrums (Einzelhandel, Dienstleistungsgewerbe)

3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt erfolgen und durch eine Bürgerversammlung.

Der TOP 7.16 – DS0554/04 wurde zurückgezogen.

7.16.	Aufstellung der 3. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz"	DS0554/04
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

7.17.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan für das Grundstück Leipziger Straße 4/5, Ackerstraße 2	DS0570/04
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse Uwe und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 181-4(IV)04

Die Einleitung eines Satzungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan entsprechend dem in der Anlage enthaltenen Antrag für das Grundstück Leipziger Straße 4 / 5, Ackerstraße 2 wird abgelehnt.

7.18.	Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 428-3 "Merkurweg"	DS0567/04
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse Uwe und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 182-4(IV)04

1. Für das Gebiet das umgrenzt wird:

Im Norden
durch die Nordgrenze des Flurstückes 93 der Flur 611 in Verlängerung bis zur
Westgrenze des Flurstückes 88, Flur 611 (Merkurweg)

Im Osten
durch die Ostgrenzen der Flurstücke 93, 94, 95, 508/96, 509/96, 97, 99;
Flur 611

Im Süden
durch die Südgrenzen der Flurstücke 99, 515/98, 514/98, 88; Flur 611

Im Westen
durch die Westgrenze des Flurstückes 88, Flur 611 (Mercurweg)

soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der ein Bestandteil des Beschlusses ist, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes nach § 4 BauNVO.
3. Im Flächennutzungsplan wird der Geltungsbereich des Bebauungsplanes als gewerbliche Baufläche dargestellt. Mit dem Bebauungsplan ist im Parallelverfahren die Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 8 Abs. 3 Satz 1 BauGB vorgesehen.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, sowie durch eine Versammlung erfolgen.

7.19.	"Wissenschaftshafen" Magdeburg als Beitrag der Landeshauptstadt Magdeburg zur Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau 2010 Sachsen-Anhalt	DS0572/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne begründet umfassend seine Ablehnung zur Drucksache DS0428/04.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, legt seinen Standpunkt zur Thematik dar und verweist dabei auf bestehende Probleme im Südosten der Stadt.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky begründet die vorliegende Drucksache DS0572/04 und geht erläuternd auf die Zielstellung ein. Er geht weiterhin auf die in der Diskussion dargelegten Standpunkte und auf die Nachfragen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal zu den Wettbewerbszielen im „Wissenschaftshafen“ und zur Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse in der Regierungsstraße ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 183-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt gemäß dem Vorschlag der Verwaltung, beim IBA-Lenkungsausschuss mit dem „Wissenschaftshafen“ Magdeburg ein weiteres IBA-Thema zu beantragen. Das bereits vom IBA-Lenkungsausschuss bestätigte Magdeburger IBA-Thema „Strategien für das Flächenmanagement / Leben an und mit der Elbe“ bleibt davon unberührt und wird durch den zweiten Baustein nördlich der Altstadt sinnvoll ergänzt.

7.20.	Straßennamen	DS0428/04
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Punkt 1 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 184-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Beschlüsse 2524-69(III)03 und 2525-69(III)03 zur Straßenbenennung auf dem ehemaligen Schlachthofgelände, B-Plan 223-1 „Schlachthof“.

1. Die Erschließungsstraße von der Liebknechtstraße nach Süden (Planstr. 1.02) erhält die Bezeichnung

Zum Handelshof

Gemäß Punkt 2 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 185-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Beschlüsse 2524-69(III)03 und 2525-69(III)03 zur Straßenbenennung auf dem ehemaligen Schlachthofgelände, B-Plan 223-1 „Schlachthof“.

2. Die südliche Querverschließung zwischen dem Einkaufszentrum und den ehemaligen Viehstallungen (Planstr. 2.06 und 2.07) erhält die Bezeichnung

Zur Viehbörse

7.21.	Straßennamen	DS0482/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 186-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Benennung der Erschließungsstraße im 3. Bauabschnitt des B-Plan „An den Röthen“ als

Mergelweg

7.22.	Parkumbenennung	DS0692/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Im Rahmen der umfassenden Diskussion hinterfragt Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Grüne den Grund der Unbenennung und spricht sich für eine Ablehnung der Drucksache DS0692/04 aus.

Stadtrat Krause, PDS-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Grüne, und lehnt die vorliegende Drucksache DS0692/04 ebenfalls ab.

Vertreter der CDU, FDP-Fraktion und der Fraktion BfM/Tierschutz sprechen sich für die Umbenennung des Parkes aus.

Stadträtin Bork, PDS-Fraktion, gibt zu Bedenken, dass mit der heutigen Beschlussfassung zukünftig mit weiteren Umbenennungswünschen zu rechnen ist. Sie verweist diesbezüglich auf ein Protokoll der AG „Straßennamen“, das einen nächsten Fall signalisiert.

Nach weiterer Diskussion, in der Vertreter der PDS-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Grüne nochmals ihre Ablehnung zur Drucksache DS0692/04 bekräftigen, hält der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning eine Nichtbefassung der Drucksache in den Ausschüssen für fragwürdig, begründet aber ungeachtet dessen seine Zustimmung zur Drucksache.

Der im Anschluss von Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, gestellte GO-Antrag – Zurückverweisung der Drucksache DS0692/04 bis zur Vorlage eines Leistungsvertrages – wird vom Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Balzer mit dem Hinweis, dass dieser rechtlich nicht zulässig ist, zurückgewiesen.

Stadtrat Stage, Fraktion future -die jugendpartei, bringt den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0692/04 in die Ausschüsse VW und KRB – ein.

Der GO-Antrag des Stadtrates Stage, Fraktion future – die jugendpartei – Überweisung der Drucksache DS0692/04 in die Ausschüsse VW und KRB – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Der anschließend gestellte GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal auf **Abbruch der Debatte** wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **angenommen**.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 27 Ja-, 19 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 187-4(IV)04

die Umbenennung der Parkanlage „Bördegarten“ in

Florapark

7.23. Neubau Feuerwache Nord
Bestätigung der HU-Bau

DS0481/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Westphal, Mitglied im Ausschuss FG, verweist auf seine Antragstellung im Ausschuss, die Auflistung der Gesamtkosten des Vorhabens, gegliedert nach den Kosten für Investition und für die Geländeerschließung bis zur heutigen Stadtratssitzung vorzulegen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer sichert diesbezüglich zu, dass diese durch die Verwaltung nachgereicht wird.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 188-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die HU-Bau für den Neubau der Feuerwache Nord auf der Grundlage der Vorplanung, Beschluss StBV012/96(III)04 vom 06.05.2004, einschließlich den bedarfsgerechten Ausbau des Katastrophenschutzstabes der Feuerwache Nord mit einem Kostenrahmen von

10.045.000 EUR (Mehrausgaben i.H.v. 330.000 EUR).

2. Die Entscheidung über den Fortgang der Investition wird mit der HH-Planung 2005 und Folgejahren getroffen.

7.24. Sanierung Aussichtsturm
- Veränderung des Kostenrahmens

DS0607/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Stadtrat Rink, CDU-Fraktion, hinterfragt kritisch die erstellten Gutachten und legt seinen Standpunkt zum Kostenaufwuchs des Vorhabens dar.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky nimmt zu den kritischen Bemerkungen des Stadtrates Rink, CDU-Fraktion, und zu den Ergebnissen der Gutachten Stellung.

Er legt dabei noch einmal umfassend die Kompliziertheit der Problematik dar und damit die Gründe für die erforderliche Erhöhung des Kostenrahmens.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal legt ebenfalls kritisch seinen Standpunkt zur Höhe der Kostenerhöhung des Vorhabens dar.

Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf eine Reihe von Hochbaumaßnahmen, wo ebenfalls eine Kostenrahmenerhöhung nicht vorhersehbar war. Er spricht sich für die Beschlussfassung der Drucksache DS0607/04 aus.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper unterstreicht die Ausführungen des Stadtrates Meinecke, PDS-Fraktion und begründet die vorgelegte Drucksache DS0607/04. Er weist darauf hin, dass für die Kostenerhöhung eine Deckungsquelle gefunden wurde und keine Mehrkosten im Haushalt entstehen.

Stadtrat Balzer, Mitglied im Ausschuss StBV, unterstützt die Argumentation der Verwaltung. Er bittet aber angesichts der Kostenerhöhung darum, mit der Firma über eine Minderung der Einheitspreise (falls die Erhöhung mehr als 10 % beträgt) zu verhandeln. Er spricht sich abschließend für die Annahme der Drucksache DS0607/04 aus.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz, Stadtrat Dr. Kutschmann, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Der Stadtrat **beschließt** ohne Gegenstimmen, bei 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 189-4(IV)04

1. Der Kostenrahmen von insgesamt 2.021.000 EUR, bestehend aus den eingestellten Mitteln i. H. von 1.971.000 EUR, für die Sanierung des Aussichtsturmes und 50.000 EUR für die Erarbeitung der HU-Bau des Basisbaues wird um 490.000 EUR auf 2.511.000 EUR erhöht.
Überplanmäßig wird eine VE 2004 i. H. von 490.000 EUR mit Kassenwirksamkeit 2005 bereitgestellt. Als Deckungsquelle dienen Einsparungen beim Bauvorhaben BBS III, Fundamentsicherung, Haus A in der Haushaltsstelle 2.24001.940000.1-27.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Ausbau des Cafés entsprechend der Kostenberechnung für 378.000 EUR umzusetzen.
Außerplanmäßig werden dafür 2004 Mittel i. H. von 240.000 EUR bereitgestellt.
Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei nachfolgenden Bauvorhaben:

- Grundschule „Am Grenzweg“ – Fenstersanierung/ Unterhangdecken
2.21001.940000.4-18 120.000 EUR
- Kloster Unser Lieben Frauen – Sanierung Gewölbedecke/ Verbesserung
Eingangsbereich
2.31001.940000.2-26 120.000 EUR

Außerplanmäßig wird 2004 weiterhin eine VE mit Kassenwirksamkeit 2005 i. H. von 138.000 EUR bereitgestellt. Einsparungen beim Neubau BBS VIII, 2.24001.940000.1-12 dienen als Deckung.

7.25.	Grundsatzbeschluss Sanierung und Erneuerung der Zollbrücke Magdeburg Neues Vorhaben (ungedeckt) im Entwurf der Investitionsprioritätenliste 2005-2008 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0502/04
-------	---	-----------

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0502/04/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt ebenfalls die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0502/04/2.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne nimmt kritisch zur Begründung der Drucksache DS0502/04 Stellung und kündigt seine Stimmenenthaltung an.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt die Argumentation des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne und begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0502/04/1 des Ausschusses StBV.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg informiert über das Beratungsergebnis im Ausschuss. Er unterstützt den Änderungsantrag DS0502/04/1 des Ausschusses StBV und begründet den Änderungsantrag DS0502/04/2 seines Ausschusses.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, unterstützt die vorliegende Drucksache DS0502/04.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper begründet die vorgelegte Drucksache DS0502/04 und erläutert mit Hinweis auf Punkt 5 des Beschlussvorschlages die weiteren Schritte nach einer heutigen Beschlussfassung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0502/04/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

1. Der Beschlusspunkt 5 wird gestrichen.

2. Die Bauherrenfunktion für die Sanierung der Zollbrücke, auch der denkmalschutzfachlichen Betrachtung in Verbindung mit der Tragkonstruktion, wird dem Tiefbauamt übertragen.

Gemäß Änderungsantrag DS0502/04/2 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 4 wird wie folgt ergänzt:

Diese Veränderungen sind vom Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu bestätigen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge DS0502/04/1 und DS0502/04/2 einstimmig:

Beschluss-Nr. 190-4(IV)04

1. Die Vorbereitung und Durchführung der Sanierung der Zollbrücke in Magdeburg auf der Grundlage der vorliegenden Kostenschätzung mit einem Gesamtwertumfang in Höhe von 2.056.400,00 EUR gemäß Variante B wird grundsätzlich bestätigt.
2. Die Finanzierung der Vorbereitung bis zur Entwurfsplanung hat aus dem budgetierten Mitteln des Tiefbauamtes zu erfolgen.
Die Finanzierung der Durchführung einschließlich Genehmigungsplanung erfolgt über beantragte Zuwendungen für den Ausbau von verkehrswichtigen innerörtlichen Straßen / Bauwerken (nach Gemeindefinanzierungsgesetz) in Höhe von 1.484.900,00 EUR sowie über Eigenmittel im Haushaltsjahr 2005/6 in Höhe von 571.500,00 EUR.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weitere Fördermittelanträge in Bezug Denkmalförderung und Förderung nach dem Sonderprogramm für die Finanzierung kommunaler Eigenanteile nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (Erlass des Ministeriums des Inneren vom 23. März 2004) zu stellen.
4. Vor Bestätigung der Fördermittel ist eine weitergehende Vorbereitung (Genehmigungsplanung) und Durchführung zu unterlassen.
Für den Anteil der städtischen Eigenmittel sind andere Objekte bzw. Maßnahmen der bestätigten Investitionsprioritätenliste auf Vorschlag des Tiefbauamtes zu reduzieren bzw. zu streichen.
Diese Veränderungen sind vom Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu bestätigen.
5. Die Bauherrenfunktion für die Sanierung der Zollbrücke, auch der denkmalschutzfachlichen Betrachtung in Verbindung mit der Tragkonstruktion, wird dem Tiefbauamt übertragen.

7.25.1. Grundsatzbeschluss Sanierung und Erneuerung der Zollbrücke Magdeburg DS0502/04/1
Neues Vorhaben (ungedeckt) im Entwurf der Investitionsprioritätenliste 2005-2008

7.25.2. Grundsatzbeschluss Sanierung und Erneuerung der Zollbrücke Magdeburg DS0502/04/2
Neues Vorhaben (ungedeckt) im Entwurf der Investitionsprioritätenliste 2005-2008

7.26. Jahresabschluss des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg DS0471/04
Wirtschaftsjahr 2003
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der BA SAM und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** ohne Gegenstimmen, bei 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 191-4(IV)04

1. Der Jahresabschluss des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg auf den 31.12.2003 wird festgestellt:
 - 1.1. Bilanzsumme 261.171.248,96 EUR
 - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagenvermögen 239.950.108,73 EUR
 - das Umlaufvermögen 21.219.346,03 EUR
 - Rechnungsabgrenzungsposten 1.794,20 EUR
 - 1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf
 - das Eigenkapital (einschl. Anteil aus verrechenbarem Anteil Abwasserabgabe) 96.773.459,79 EUR
 - Sonderposten mit Rücklagenanteil aus Investitionszuschüssen 30.776.677,07 EUR
 - empfangene Ertragszuschüsse 11.045.376,00 EUR
 - Rückstellungen 10.714.308,82 EUR
 - Verbindlichkeiten 111.861.427,28 EUR
 - 1.2 Jahresverlust 1.497.502,03 EUR
 - 1.2.1 Summe Erträge 38.671.287,30 EUR
 - 1.2.2 Summe Aufwendungen 40.168.789,33 EUR
2. Der Jahresverlust in Höhe von 1.497.502,03 EUR wird aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.
3. Dem Betriebsleiter, Herrn Jürgen Vinzelberg, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.

7.27.	Wirtschaftsplan 2005 Städtischer Abwasserbetrieb Magdeburg	DS0518/04
<hr/>		
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		
<hr/>		

Der BA SAM empfiehlt die Beschlussfassung.

Die aufgeworfene Frage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal zur geplanten Aufnahme von Kassenkrediten gemäß Punkt 1.3 des Beschlussvorschlages wird vom Oberbürgermeister Dr. Trümper ergänzt durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky beantwortet.

Der Betriebsleiter des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg Herr Vinzelberg erhält das Rederecht und ergänzt mit Hinweis auf die verbundene Sonderkasse dahingehend, dass der Kassenkredit aus dem städtischen Haushalt aufgenommen wird. und eine entsprechende Rückzahlung an den städtischen Haushalt erfolgt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 194-4(IV)04

1. Der Wirtschaftsplan 2005 des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg wird Entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1 im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen in Höhe von 40.030 Tsd. EUR und Erträgen in Höhe von 25.721 Tsd. EUR sowie im Bereich des Vermögensplanes mit Einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 21.694 Tsd. EUR,
 - 1.2 mit dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme in Höhe von 8.207 Tsd. EUR,
 - 1.3 mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite von 6.992 Tsd. EUR.
2. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

7.28.	1. Änderungssatzung der Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Beseitigung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die nicht dem dauernden Wohnen bzw. nicht gewerblichen Zwecken dienen und von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen - Abwasseranlagengebührensatzung -	DS0525/04
<hr/>		

 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die TOP 7.28 – DS0518/04 und TOP 7.29 – DS525/04 werden in der Beratungsfolge vorgezogen.

Der BA SAM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern hält im Namen seiner Fraktion die Gebührenerhöhung von 14 % für erheblich.

Der Stadtrat **beschließt** mit 32 Ja-, 16 Neinstimmen und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 192-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die dieser Drucksache beigefügte 1. Änderungssatzung der Abwasseranlagengebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg.

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 7.29. | 1. Änderungssatzung der Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung und die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die dem dauernden Wohnen bzw. gewerblichen Zwecken dienen
- Entwässerungsabgabensatzung - | DS0527/04 |
|-------|---|-----------|

 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der BA SAM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 33 Ja-, 2 Neinstimmen und 15 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 193-4(IV)04

Der Stadtrat beschließt die dieser Drucksache beigefügte 1. Änderungssatzung der Entwässerungsabgabensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg.

- 7.30. Antrag auf Förderung über das Bundes-/ Landesförderprogramm DS0515/04
 "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf
 - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost
 (Fermersleben - Salbke - Westerhüsen)
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt ebenfalls die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0515/04/1.

Gemäß Änderungsantrag DS0515/04/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

In den Beschlussvorschlag ist folgender Text aufzunehmen:

Bei der Durchführung des Programmes – soziale Stadt – Fermersleben/Salbke/Westerhüsen sind der Bürgerverein und die großen Eigentümer zu beteiligen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0502/04/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 195-4(IV)04

1. Der Stadtrat beschließt die Beantragung zur Aufnahme in das Bundes-/ Landesförderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" für den Stadtteil Magdeburg Südost (Fermersleben – Salbke – Westerhüsen).
2. Bei der Durchführung des Programmes – soziale Stadt – Fermersleben/Salbke/Westerhüsen sind der Bürgerverein und die großen Eigentümer zu beteiligen.

- 7.30.1. Antrag auf Förderung über das Bundes-/ Landesförderprogramm DS0515/04/1
 "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf
 - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost
 (Fermersleben - Salbke - Westerhüsen)
-

8. Einwohnerfragestunde
-

Der Stadtrat führt gem. § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen
17.00 Uhr und 17.30 Uhr
eine Einwohnerfragestunde durch.

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

9. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 9.1. Ausgleichflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung A0034/04
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei
(III. Wahlperiode)
WV v. 15. 03. 2004
-

Die Ausschüsse StBV und Uwe empfehlen die Beschlussfassung.

Auf Antrag A0034/04 der Fraktion Grüne/future (III. Wahlperiode) **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 196-4(IV)04

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bisherige Bilanz des Ausgleichsflächenmanagements mit seinen Eingriffen und Ausgleichsmaßnahmen darzustellen. Weiterhin ist die Bilanz der Baumfällungen und Ersatzpflanzungen gemäß Baumschutzsatzung der Jahre 2001 bis 2003 darzustellen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sich das Ausgleichsflächenmanagement für die Herstellung oder Aufwertung von Grün im Rahmen des Stadtumbau Ost nutzen läßt und inwieweit künftig ein eingriffsnäherer Ausgleich (einschließlich des Ersatzes gefällter Bäume nach Baumschutzsatzung) möglich ist.

- 9.1.1. Ausgleichflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung S0170/04
-

- 9.2. Standortvorteil Rothensee A0062/04
CDU-Fraktion
WV v. 19. 04. 2004
-

Der Ausschuss Uwe empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss WTR (III. Wahlperiode) empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0062/04/1.

Gemäß Änderungsantrag A0062/04/1 des Ausschusses WTR **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der WTR-Ausschuss empfiehlt im Antrag A 0062/04 „Standortvorteil Rothensee“, im ersten Satz die Worte „unter Berücksichtigung der Pläne für ein KWZ (Kreislaufwirtschaftszentrum)“ einzufügen.

Der Satz soll wie folgt geändert werden:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Pläne für ein KWZ, ein Konzept erstellen zu lassen mit dem Inhalt, mit welchen wirtschaftsförderlichen Maßnahmen die zukünftig anfallende Wärme des Müllheizkraftwerkes in Rothensee genutzt werden kann.

Gemäß Antrag A0062/04 der CDU-Fraktion unter Beachtung des Änderungsantrages A0062/04/1 des Ausschusses WTR **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 197-4(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Pläne für ein KWZ, ein Konzept erstellen zu lassen mit dem Inhalt, mit welchen wirtschaftsförderlichen Maßnahmen die zukünftig anfallende Wärme des Müllheizkraftwerkes in Rothensee genutzt werden kann. Insbesondere sollen dabei folgende Punkte untersucht werden.

1. Inwieweit kann die anfallende Wärme durch energetische Umwandlung dazu genutzt werden, Kühlungsenergie für mögliche Investoren zu liefern (zum Beispiel Betreibern von Kühlhäusern)?
2. Welche weiteren Möglichkeiten ergeben sich für die Nutzung dieses Standortfaktors unter besonderer Berücksichtigung der Investorensuche für den Bereich Standort Rothensee?

Zu diesem Zweck sind auch entsprechende Verbindungen mit dem Entwicklungsträger KGE Kommunalgrund, der GWM mbH sowie dem Betreiber des MHKW aufzunehmen.

9.2.1.	Standortvorteil Rothensee	A0062/04/1
--------	---------------------------	------------

9.2.2.	Standortvorteil Rothensee	S0182/04
--------	---------------------------	----------

9.3.	Städtepartnerschaften	A0086/04
	Fraktion BfM (III. Wahlperiode)	
	WV vom 14. 06. 2004	

Der TOP 9.3 – A0086/04 – wurde zurückgezogen.

9.3.1.	Städtepartnerschaften	S0223/04
--------	-----------------------	----------

9.4.	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	A0077/04
	CDU-Fraktion	
	WV v. 17.05.04	

Die Ausschüsse FG und RWB haben den Antrag A0077/04 vertagt.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0077/04/2.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0077/04/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0077/04/2 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der zweite Anstrich ist um den Text

- Schaffung von Möglichkeiten zur Errichtung eines Caravanstellplatzes

zu ergänzen.

Gemäß Änderungsantrag A0077/04/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag A0077/04 wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Drucksache zur Beratung und Beschlussfassung dem Stadtrat im **Dezember** 2004 mit folgenden Inhalten zu erarbeiten:

- Reduzierung der durch den Bauhof des Tiefbauamtes BBZ Mitte und den Bauhof Stadtbeleuchtung und Verkehrsleitsystem genutzten Fläche auf das benötigte Mindestmaß,

- Errichtung eines Caravanstellplatzes auf dem Gelände des ehemaligen Schießplatzes im Stadtpark,
- Kostendarstellung für die Umsetzung dieser Maßnahmen.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt entsprechende Schritte einzuleiten, um einen Investor für den zu errichtenden Caravanstellplatz zu finden.

Gemäß Antrag A0077/04 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0077/04/1 der CDU-Fraktion und des Änderungsantrages A0077/04/2 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 198-4(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Drucksache zur Beratung und Beschlussfassung dem Stadtrat im Dezember 2004 mit folgenden Inhalten zu erarbeiten:

- Reduzierung der durch den Bauhof des Tiefbauamtes BBZ Mitte und den Bauhof Stadtbeleuchtung und Verkehrsleitsystem genutzten Fläche auf das benötigte Mindestmaß,
- Schaffung von Möglichkeiten zur Errichtung eines Caravanstellplatzes auf dem Gelände des ehemaligen Schießplatzes im Stadtpark,
- Kostendarstellung für die Umsetzung dieser Maßnahmen.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt entsprechende Schritte einzuleiten, um einen Investor für den zu errichtenden Caravanstellplatz zu finden.

9.4.1.	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	A0077/04/1
<hr/>		
9.4.2.	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	A0077/04/2
<hr/>		
9.4.3.	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	S0199/04
<hr/>		
9.5.	Kostenvorschuss im Baugenehmigungsverfahren Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III. Wahlperiode) WV v. 14.06.04	A0088/04
<hr/>		

Die Ausschüsse RWB, FG und KRB lehnen die Beschlussfassung ab.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 199-4(IV)04

Der Antrag A0088/04 der Fraktion Grüne/future (III. Wahlperiode) –

Der Oberbürgermeister wird dringend gebeten, die mit der Information I 0147/04 angekündigte Verfahrensweise zur Erhebung eines Kostenvorschusses bereits bei der Einreichung eines Bauantrages/Baugesuches und vor Erbringung einer Prüfleistung des Amtes im Interesse des Standortes Magdeburg für Investoren nicht zur Umsetzung zu bringen. –

wird **abgelehnt**.

9.5.1.	Kostenvorschuss im Baugenehmigungsverfahren	S0229/04
--------	---	----------

9.6.	Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen	A0025/04
	Kevin Lüdemann	
	WV v. 2. Sitzung "Jugend im Stadtrat" v. 06.03.04	

Die Ausschüsse Juhi, KRB und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Schwenke, Mitglied im Ausschuss Juhi, spricht seine Verwunderung aus, dass der Antrag A0025/04 heute auf der Tagesordnung steht. Er informiert über das Beratungsergebnis im Ausschuss und über den in diesem Zusammenhang erteilten Auftrag an die Verwaltung, dem Stadtrat eine Satzungsergänzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg - im § 5 Beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses – eine Vertreterin/ein Vertreter des Jugendforums - zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Auftrag wurde von der Verwaltung umgesetzt und die entsprechende Drucksache ist für die Stadtratssitzung am 04.11.04 zur Beschlussfassung vorgesehen.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper stellt klar, dass es sich hierbei um unterschiedliche Themen handelt.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, begründet seine Zustimmung zum Antrag A0025/04 und ergänzt mit dem Hinweis auf das Verfahren möglicher Anhörungen in den beratenden Ausschüssen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat auf Antrag des Jugendlichen Kevin Lüdemann einstimmig:

Beschluss-Nr. 200-4(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden Änderung der Geschäftsordnung und Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg das Rederecht für Vertreter des Jugendforums Magdeburg in den nicht beschließenden Ausschüssen und dem Jugendhilfeausschuss zu ermöglichen.

9.6.1. Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen S0181/04

9.7. Einrichtung einer gentechnikfreien Region A0017/04
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III. Wahlperiode)
 WV v. 15.03.04

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal zieht den Antrag A0017/04 von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

9.7.1. Einrichtung einer gentechnikfreien Region A0017/04/2

9.7.2. Einrichtung einer gentechnikfreien Region A0017/04/3

9.7.3. Einrichtung einer gentechnikfreien Region S0144/04

9.8. Gründung eines Telemanneums A0141/04
 Kulturausschuss

Stadtrat Gripinski, PDS-Fraktion begründet den Antrag A0141/04.

Gemäß Antrag A0141/04 des Kulturausschusses **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 201-4(IV)04

Der Kulturausschuss bittet den Herrn Oberbürgermeister um Ausreichung einer niedergeschriebenen Zielstellung zur Gründung eines Telemanneums Magdeburg.

Der Kulturausschuss hegt die Absicht, konstruktiv an der inhaltlichen Ausstattung einer entsprechenden Beschluss-Drucksache mitzuarbeiten.

9.9.	Magdeburger Wasserstraßenkreuz als Gebiet von besonderer touristischer Bedeutung in die tourismuspolitischen Vorhaben der Landeshauptstadt Magdeburg einbeziehen	A0144/04
FDP-Fraktion		

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0144/04 ein.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta folgt grundsätzlich der Intention des Antrages A0144/04 spricht sich aber für eine Beratung im Ausschuss RWB aus.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0144/04 in den Ausschuss RWB – ein.

Vertreter der CDU-, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Grüne und der Oberbürgermeister Dr. Trümper sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, - Überweisung des Antrages A0144/04 in den Ausschuss RWB – vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0144/04 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 202-4(IV)04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bittet den Oberbürgermeister zu prüfen, inwieweit das Magdeburger Wasserstraßenkreuz als Gebiet von besonderer touristischer Bedeutung auch für Magdeburg weiter zu erschließen und zu bewerben ist. Hierzu sollte das Wasserstraßenkreuz in die bereits bestehenden tourismuspolitischen Projekte eingebunden, in das Stadtmarketing verstärkt einbezogen, international beworben und in die verkehrspolitischen Vorhaben der städtischen Unternehmen, aber auch der privatwirtschaftlichen Initiativen einbezogen werden. Möglichkeiten zur Fortentwicklung des Tourismus in dieser Schwerpunktregion sollten gemeindeübergreifend koordiniert und genutzt werden. Hierzu ist die intensive Einbindung und frühzeitige Abstimmung mit den Gemeinden, auf deren Gemeindegebiet das Wasserstraßenkreuz

liegt sowie der Landkreise Ohrekreis und Jerichower Land unerlässlich. Zur konsequenten Verfolgung der Ziele sollten die Projekte ressortübergreifend in einer geeigneten Projektgruppe gebündelt werden.

Hierzu sollte der Stadtrat in regelmäßigen Abständen, erstmals im ersten Quartal des Jahres 2005 und mindestens zweimal pro Jahr, über die durch die Verwaltung getroffenen Maßnahmen informiert werden.

9.10.	Eingemeindung von Umlandgemeinden	A0145/04
	SPD-Fraktion	

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet umfassend den Antrag A0145/04.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Oberbürgermeister Dr. Trümper zum Antrag A0145/04 Stellung.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning vertritt grundsätzlich eine andere Auffassung zur geplanten Vorgehensweise und hält den vorliegenden Antrag contraproduktiv im Verhält Stadt/Umland. Er empfiehlt, diese Thematik in den Ausschüssen zu diskutieren.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, unterstützt die Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden Stadtrat Brüning u.a. mit Hinweis auf den Gesetzesvorstoß des Landes zum Ende des Jahres und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0145/04 in die Ausschüsse RWB und VW - ein.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper nimmt zu den gemachten Ausführungen Stellung. Er geht dabei auf die derzeitige Situation Stadt/Umland ein. Er begründet seine Haltung zu Eingemeindungen und spricht sich für das Erfordernis einer deutlichen Signalsetzung in Richtung Land aus, damit die Probleme der Landeshauptstadt wahrgenommen werden. Der Oberbürgermeister Dr. Trümper spricht sich gegen eine Überweisung des Antrages A0145/04 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal spricht sich ebenfalls gegen eine Überweisung aus. Er bringt den Änderungsantrag –

Wir Stadtrat und Oberbürgermeister fordern vom Minister für Inneres des Landes Sachsen-Anhalt, dass auch für Magdeburg die Option der Eingemeindung von Umlandgemeinden eröffnet wird –

ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters und spricht sich gegen eine Überweisung aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern vertritt den Standpunkt, dass man mit dieser Thematik behutsam in der Diskussion mit dem Umland umgehen muss. Er warnt davor, die finanziellen Probleme der Stadt auf diesem Wege zu lösen. Er spricht sich abschließend dafür aus in kleinen Schritten die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden anzugehen

Vertreter der FDP-Fraktion sprechen sich für den GO-Antrag und Vertreter der Fraktion future – die jugendpartei! Gegen den GO-Antrag aus.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat auf GO-Antrag des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion, mit 30 Ja- und 24 Neinstimmen:

Der Antrag A0145/04 und der Änderungsantrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Grüne/future, werden in die Ausschüsse VW und RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 02.12.04

Persönliche Erklärungen

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 2)

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper gibt eine weitere persönliche Erklärung ab.
(Anlage 3)

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann gibt ebenfalls eine weitere persönliche Erklärung ab. (Anlage 4)

9.11.	Öffnungszeiten der Museen zum Stadtjubiläum	A0146/04
	Interfraktionell	

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, bringt den Antrag A0146/04 ein.

Gemäß Antrag A0146/04 der Fraktion Bündnis 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 203-4(IV)04

Der Stadtrat erwägt eine probeweise Öffnung von ausgewählten städtischen Museen im Jahr des Stadtjubiläums 2005 in den Abendstunden.

Der Oberbürgermeister wird deshalb beauftragt, zu prüfen:

- welche Möglichkeiten der Verlagerung der Öffnungszeiten bestehen, um dies mit vorhandenen Personal zu erreichen
- wie eventuelle Mehraufwendungen abgedeckt werden können.

Bei Erfolg der Abendöffnungszeiten sollten diese über das Jahr 2005 hinaus verlängert werden.

9.12.	Dienstgeheimnisse	A0147/04
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0147/04 in den Ausschuss KRB – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0147/04 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 02.12.04

9.13.	Spende für die Anna-Amalia-Bibliothek	A0148/04
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Grüne, bringt den Antrag A0148/04 im Sinne eines Aufrufes an den Stadtrat ein.

Der 1. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge empfiehlt folgende redaktionelle Änderung (Der erste Satz soll wie folgt lauten: Der Stadtrat ruft zu folgender Spende auf), die von der Fraktion Bündnis 90/Grüne mitgetragen wird.

Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, legt ihren Standpunkt da und erinnert in diesem Zusammenhang an frühere Spendenaufrufe z.B. zugunsten der Stadtbibliothek.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, unterstützt den Antrag A0148/04.

Vertreter der CDU-Fraktion können die Antragstellung der Fraktion Bündnis 90/Grüne nicht nachvollziehen und begründen ihren ablehnenden Standpunkt.

Nach eingehender Diskussion zieht Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Grüne den Antrag A0148/04 **zurück**.

Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass sich seine Fraktion an einer Spende beteiligen wird.

9.14. Beschlussänderung Tierheim A0149/04

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, stellt den GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung von 3 Minuten pro Redner.

Der GO-Antrag der Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, auf Redezeitbegrenzung von 3 Minuten pro Redner wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **beschlossen**.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, begründet umfassend den Antrag A0149/04 vor dem Hintergrund des bestehenden Handlungsbedarfes.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, begrüßt den Antrag A0149/04 und fordert im Namen seiner Fraktion, die bald mögliche Vorlage einer Kostenübersicht für den Standort Rothensee. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0149/04 in die Ausschüsse StBV, FG und GeSo – ein, der durch Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, um die Ausschüsse KRB und VW ergänzt wird.

Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der Fraktion BfM/Tierschutz sprechen sich gegen den GO-Antrag und Vertreter der PDS- und CDU-Fraktion für den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat auf GO-Antrag des Stadtrates Dr. Reichel, SPD-Fraktion, ergänzt durch Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0149/04 wird in die Ausschüsse StBV, GeSo, FG, KRB und VW überwiesen.

WV: SR-Sitzung 10.02.2005

9.15. Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung A0143/04

CDU-Fraktion

Stadtrat Ruden, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0143/04 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0143/04 in die Ausschüsse VW, KRB und FG – ein.

Vertreter der SPD- und FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Grüne sprechen sich gegen den GO-Antrag und für die Ablehnung des Antrages A0143/04 aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion, Überweisung des Antrages A0143/04 in die Ausschüsse VW, KRB und FG **abgelehnt**.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, erläutert nochmals die Intention der Antragstellung A0143/04.

Stadtrat Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 204-4(IV)04

Der Antrag A0143/04 der CDU-Fraktion –

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung. Zum Abschluss einer Vereinbarung nimmt der Oberbürgermeister Verhandlungen mit der entsprechenden Stiftung auf. –

wird **abgelehnt**.

Persönliche Erklärungen

Stadtrat Ruden, CDU-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 6**)

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 7**)

9.15.1. Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung

A0143/04/1

9.16.	Kinder- und Familienfreundliches Programm der Landeshauptstadt Magdeburg	A0150/04
	FDP-Fraktion	

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0150/04 umfassend ein.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0150/04 in die Ausschüsse FuG, GeSo und Juhi – ein.

Vertreter der SPD-, PDS-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Grüne sprechen sich für den GO-Antrag aus.

Stadtrat Müller, PDS-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0150/04/1 ein und bittet darum, diesen mit in die Ausschüsse zu überweisen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat auf GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, der Antrag A0150/04 und der Änderungsantrag A0150/04/1 werden in die Ausschüsse FuG, GeSo und Juhi überwiesen.

WV: SR-Sitzung 13.01.2005

Persönliche Erklärung des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 9**)

9.16.1.	Kinder- und Familienfreundliches Programm der Landeshauptstadt Magdeburg	A0150/04/1
---------	---	------------

10. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 10.1 – 10.8 werden zur Kenntnis genommen.

10.1.	Sperrmüllabfuhr auf Bestellung	I0225/04
-------	--------------------------------	----------

10.2.	Einführung eines neuen Haushalts- und Rechnungswesens, die Doppik	I0284/04
-------	--	----------

10.3.	Ergebnisse der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung per 30.06.2004	I0265/04
<hr/>		
10.4.	Haushaltskonsolidierungskonzept 2004 bis 2007 Maßnahme 51 - Kürzungen Jugendhilfe und Soziales	I0228/04
<hr/>		
10.5.	Überprüfung der Kitasatzung DS 0760/03	I0176/04
<hr/>		
10.6.	Modellprojekt zum Bildungsprozess in Magdeburger Kindertageseinrichtungen	I0209/04
<hr/>		
10.7.	Information zum A0022/04 - Errichtung von Sprayerflächen	I0240/04
<hr/>		
10.8.	Verkehrliche Anbindung der zentralen Theaterwerkstätten in der Alten Neustadt (Entwicklungszone IV)	I0258/04
<hr/>		

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Falko Balzer
Silke Luther
Anne Ignatuschtschenko
Vorsitzende/r

Büro f. Öffentlichkeitsarbeit /
Büro f. Öffentlichkeitsarbeit / Dr.
Schriftführer/in

Anwesend:

Hein, Rosemarie Dr.

Kilian, Thomas

Schmicker, Wolfgang

Veil, Thomas

Vorsitzende/r

Balzer, Falko

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Bischoff, Norbert

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Ruden, Gerhard

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stern, Reinhard
Trümper, Lutz Dr.
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zentgraf, Hans-Jürgen
Zimmer, Gerd Dr.